

Programmagentur Rechtskundepaket (Hrsg.)

# Rückblicke – Ausblicke



**Zwei Jahre  
Schulprojektwochen  
mit der  
Programmagentur  
Rechtskundepaket**

**Dokumentation  
des Fachtags  
am 6. Oktober 2010  
in Berlin**

## Impressum

Rückblicke - Ausblicke  
Zwei Jahre Schulprojektwochen mit der Programmagentur Rechtskundepaket  
Dokumentation des Fachtags am 6. Oktober 2010 in Berlin.  
Erschienen im April 2011.

### ■ Herausgeber

Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May  
Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, Sitz Berlin.  
Anerkannt durch die Senatsverwaltung für Justiz. Sie unterliegt  
nach dem Berliner Stiftungsgesetz der Stiftungsaufsicht Berlins.  
Der Gerichtsstand der Stiftung ist Berlin.

### ■ Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Hartmut Brocke, Vorstandsvorsitzender/Direktor  
Müllerstraße 74  
13349 Berlin  
Fon: 030.459 79 30  
[www.stiftung-spi.de](http://www.stiftung-spi.de)  
e-Mail: [info@stiftung-spi.de](mailto:info@stiftung-spi.de)

### ■ Redaktion

Stiftung SPI  
Programmagentur Rechtskundepaket  
Jürgen Schendel, Ulrike Elstermann  
Rheinsberger Straße 76  
10115 Berlin  
Fon: 030.405 00 373  
Fax: 030.449 01 67  
e-Mail: [rechtskunde@stiftung-spi.de](mailto:rechtskunde@stiftung-spi.de)  
Gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin  
aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

### ■ Verfasser/innen

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung  
der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.



Die Veranstaltung wurde durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie durch Mittel der DKLB-Stiftung gefördert.



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	5
<b>I. Grußworte</b>	
Bettina Luise Rürup, Leiterin Forum Politik und Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung	6
Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt	8
Hartmut Brocke, Direktor der Stiftung SPI	11
<b>II. Zwei Jahre Rechtskunde-Projektwochen in Berlin – Rückblick und aktueller Stand der Projektumsetzung</b>	
Jürgen Schendel, Stiftung SPI, Programmagentur Rechtskundepaket	13
<b>III. Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung</b>	
Kerstin Palloks, Sozialwissenschaftlerin, ebb (Evaluation, Beratung, Bildung)	21
<b>IV. Rückblicke – Ausblicke: Gemeinsamer Erfahrungsaustausch und Ideen für die Zukunft</b>	
Moderation: Annika von Walter, Stiftung SPI, Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei	33
<b>V. Fazit und Ausblick</b>	
Jürgen Schendel, Stiftung SPI, Programmagentur Rechtskundepaket	37



## Vorwort

Am 6. Oktober 2010 veranstaltete die Programmagentur Rechtskundepaket der Stiftung SPI in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt den Fachtag „Rückblicke – Ausblicke. Zwei Jahre Schulprojektwochen mit der Programmagentur Rechtskundepaket“. Etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Akteursgruppen, die zum Gelingen der Rechtskunde-Projektwochen beitragen, kamen zusammen, um gemeinsam mit der Programmagentur Zwischenbilanz zu ziehen, Verbesserungsmöglichkeiten für die Praxis der Projektwochen zu beschreiben und Anregungen für die Zukunft zu entwickeln.

Die vorliegende Dokumentation des Fachtags fasst die Vorträge und die wichtigsten Ergebnisse des gemeinsamen Erfahrungsaustauschs zusammen. Aus ihr können zahlreiche Hinweise für die inhaltliche Fortentwicklung der Projektwochen sowie für die Kooperationspraxis der beteiligten Akteurinnen und Akteure gewonnen werden, die an manchen Stellen auch schon umgesetzt werden.

Ebenso wie jede einzelne Rechtskunde-Projektwoche ist auch ein solcher landesweiter Fachtag nur durch das Zusammenwirken vieler Kooperationspartnerinnen und –partner möglich. Wir danken deshalb an erster Stelle dem Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, namentlich Frau Rürup und Frau Voss für ihre professionelle Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Fachtags, sowie der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, namentlich Stephan Voß, für die engagierte Gesamtmoderation der Veranstaltung. Ebenso danken wir unserer Evaluatorin Kerstin Palloks – nicht nur für Ihren Fachvortrag, sondern auch für die Zusammenfassung des Erfahrungsaustausches für diese Dokumentation – und Annika von Walter von der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei für ihre gelungene Moderation des Erfahrungsaustausches.

Ein herzlicher Dank gilt natürlich auch allen weiteren Kolleginnen und Kollegen, die uns vor allem in der Vorbereitung, aber auch während des Fachtags selber mit großem Engagement unterstützten: Petra Saenger als ehemalige Kollegin der Programmagentur, Konstanze Fritsch von der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei, sowie Stephanie Klauß, Karsten Herper und Christopher Bänicke, die im Herbst 2010 Praktika in Projekten der Stiftung SPI absolvierten. Schließlich gebührt ein besonderer Dank Jörg Kreuziger, der die Titelgraphik für den Fachtag entwickelte, und Ulrike Elstermann für die Gestaltung und das Layout dieser Dokumentation.

Jürgen Schendel  
für das Team der Programmagentur Rechtskundepaket  
im April 2011



# I. Grußworte

## ■ **Bettina Luise Rürup, Leiterin Forum Politik und Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung**

Ich darf Sie sehr herzlich im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu unserer Veranstaltung „Rückblicke – Ausblicke. Zwei Jahre Schulprojektwochen mit der Programmagentur Rechtskundepaket“ hier in der Friedrich-Ebert-Stiftung begrüßen. Wir freuen uns, dass Sie so zahlreich zu dem heutigen Fachtag gekommen sind und Sie damit Ihr Interesse und Ihre Beteiligung an den Projektwochen und an der Arbeit der Programmagentur Rechtskundepaket deutlich machen.

Das Referat Forum Politik und Gesellschaft, für das ich in der Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig bin und hier sprechen darf, befasst sich mit den Politikbereichen Jugend, Frauen, Senioren und Familie und konzentriert sich vor allem auf die Förderung der politischen Teilhabe des zivilgesellschaftlichen Dialogs z.B. zu Integrations- und Antidiskriminierungsfragen und des bürgerschaftlichen Engagements.

„Demokratie braucht Demokraten“ – diese Einsicht stand am Anfang der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung vor mehr als 85 Jahren und sie ist uns heute noch Leitbild und Selbstverpflichtung. In unserer politischen Bildungs- und Beratungsarbeit leiten uns zum einen die Werteordnung des Grundgesetzes, zum anderen die Grundwerte und die politischen Prinzipien der sozialen Demokratie. Wir verstehen politische Bildungsarbeit als einen Diskussionsprozess. Ein solcher Diskussionsprozess wird heute auch hier stattfinden.

Eine wichtige Veranstaltungsserie im Bereich unserer jugendpolitischen Arbeit heißt: „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen.“ Diesen Namen trägt ein Planspiel, das die Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt hat. Junge Menschen sollen in einer spielerischen Weise an Kommunalpolitik, Verwaltung, Recht und Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune herangeführt werden. Mittlerweile ist dieses Planspiel fester Bestandteil von Projektwochen, welche über das Jahr hinweg an Schulen in verschiedenen Teilen Deutschlands umgesetzt werden. Inzwischen ist es so erfolgreich, dass auch Verwaltungsschulen es als einen Teil ihres Curriculums aufgenommen haben, um junge Menschen, die beruflich mit Verwaltung zu tun haben, über demokratische Prozesse und Möglichkeiten der Partizipation zu informieren.

Wir organisieren darüber hinaus eine große Anzahl von bildungspolitischen Veranstaltungen für Jugendliche. Sie haben vielleicht gerade gesehen, dass auch eine Gruppe von sehr jungen Menschen mit Ihnen zusammen angekommen ist. Das sind Schüler, die ein interkulturelles Training absolvieren, welches heute parallel zu dieser Veranstaltung stattfindet, und Schülerinnen und Schülern Gelegenheit gibt, sich konstruktiv mit ihrem multikulturellen Schul- und Lebensalltag auseinanderzusetzen und ihre interkulturellen Fähigkeiten zu schulen. Es gibt aber auch öffentliche Veranstaltungen in unterschiedlichen partizipativen Formaten wie beispielsweise „Open Space“ und „Fishbowl“. Damit versuchen wir, jugendpolitische Themen wie Engagement und Einmischung, auch schwierige Themen wie Sucht, Mobbing oder Gewalt so zu bearbeiten und zu behandeln, dass Jugendliche selbst ein Interesse daran entwickeln, zu Wort kommen können und eigenständige Lösungsansätze entwickeln.



Wir alle wissen, wie wichtig der Rechtsstaat ist. Ich selbst weiß als Auslandsmitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung aus eigener Erfahrung, wie es sich anfühlt, wenn man in Ländern lebt, in denen der Rechtsstaat noch nicht solide etabliert ist und in denen das Rechtsstaatsbewusstsein noch nicht so stark verankert ist. In diesem größeren Zusammenhang sehe ich auch die Arbeit der Programmagentur Rechtskundepaket und das Projekt „Recht aufschlussreich“ und schätze sie daher sehr.

Wie Sie wissen, werden in allen Berliner Bezirken seit zwei Jahren Rechtskundeprojektwochen für Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I durchgeführt. Diese sind wichtig zur Stärkung des Rechts- und Rechtsstaatsbewusstseins von Jugendlichen. Die Programmagentur Rechtskundepaket etabliert und fördert dabei die Kooperation verschiedener staatlicher Einrichtungen und nutzt vorhandene Schnittstellen, um verbindliche Kooperationsbeziehungen zwischen allen Beteiligten herzustellen.

Unter unseren Teilnehmern sind heute unter anderem Vertreter des Berliner Senats, der Verwaltung, Polizei und Justiz, von Schulen, Jugendämtern und von verschiedenen freien Trägern der Jugendhilfe. Seien Sie uns alle herzlich willkommen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet seit vielen Jahren mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zusammen, begleitet die Arbeit und unterstützt sie an einzelnen Stellen mit öffentlichen Veranstaltungen. Für uns ist diese Form der Arbeit als Strategie zur Reduzierung von Gewalt und Kriminalität eine wichtige, eine sehr notwendige Arbeit. Die Nachhaltigkeit dieser effektiven Präventionsarbeit, die in Kiezen, in Schulen und an verschiedenen anderen Stellen geleistet wird, hat mich immer sehr beeindruckt.

Nach der heutigen Bestandsaufnahme und Bewertung der Schulprojektwochen mit der Programmagentur Rechtskundepaket wird es darum gehen, einen Fahrplan für die kommenden Jahre zu entwickeln. Wir freuen uns sehr, dass diese Zusammenarbeit zustande gekommen ist, sowohl mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt als auch mit der Programmagentur Rechtskundepaket der Stiftung SPI.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Schendel, Herrn Voß und Herrn Brocke sehr herzlich dafür danken, dass diese Zusammenarbeit möglich war und so konstruktiv und produktiv verlaufen ist. Wir hoffen, dass wir Ihnen hier günstige und angenehme Rahmenbedingungen für die Debatte und für die Diskussion am heutigen Vormittag ermöglichen können. Ich wünsche der Veranstaltung viel Erfolg und uns allen interessante Diskussionen, aufschlussreiche Ergebnisse zur Weiterentwicklung und Fortführung des Programms „Recht aufschlussreich“.



■ **Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt<sup>1</sup>**

Sehr geehrte Frau Rürup, sehr geehrter Herr Brocke, sehr geehrter Herr Schendel, sehr geehrte Damen und Herren, als Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt möchte ich Sie zu der heutigen Fachtagung, die in Kooperation mit der Stiftung SPI, der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wird, ganz herzlich begrüßen!

Mein Dank geht an dieser Stelle besonders an die Friedrich-Ebert-Stiftung, mit der wir schon seit vielen Jahren hervorragend zusammenarbeiten, mit der wir gemeinsam eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt haben und die uns auch für den heutigen Fachtag zum Rechtskundepaket als Kooperationspartner zur Seite steht. Herzlichen Dank dafür, Frau Rürup!

Mein Dank geht natürlich auch an die Stiftung SPI, die seit Oktober 2008 mit der Programmagentur Rechtskundepaket dafür sorgt, dass in den Bezirken Berlins an den Schulen das Rechtskundepaket im Rahmen von Projektwochen umgesetzt wird. Mein Dank gilt insbesondere Ihnen, Herr Schendel, und Ihren Mitarbeiterinnen. Nicht zuletzt gilt mein Dank auch meiner Kollegin Frau Staatssekretärin Zinke, die in der Landeskommision Berlin gegen Gewalt die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vertritt. Ihre Verwaltung ist im Zusammenhang mit dem Rechtskundepaket unter anderem für die Abwicklung der Förderung der Programmagentur Rechtskundepaket zuständig.

Das Projekt „Rechtskundepaket“ begleitet uns nun schon seit vielen Jahren: Seine Entwicklung wurde in der 36. Sitzung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt am 23. Oktober 2002 auf Anregung der Senatsverwaltung für Justiz beschlossen. Voran gegangen war eine Bestandsaufnahme der in Berlin im Bereich der Gewaltprävention umgesetzten Maßnahmen für junge Menschen, in deren Rahmen festgestellt wurde, dass ein für Jugendliche einprägsam gestalteter Rechtskundeunterricht fehlte.

Das daraufhin von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt entwickelte Konzept mit dem Titel „Recht aufschlussreich“ verfolgte vor allem folgende grundlegende Ziele: die Stärkung des Rechtsbewusstseins der Jugendlichen durch Anerkennung und Respektierung von Gesetzen als gesellschaftliche Spielregeln – Spielregeln, die den Erhalt einer Werteordnung gewährleisten und uns nicht nur Pflichten sondern auch Rechte geben, Spielregeln auch, die uns vor Willkür schützen sowie die Stärkung der sozialen Kompetenz junger Menschen.

Die Vermittlung dieser Kompetenzen sollte den Berliner Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe 1 in einer zeitlich gestreckten, kompakten Form im Rahmen einer an den Schulen durchgeführten Projektwoche unter aktiver Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Justiz (Staatsanwaltschaft, Gericht, Rechtsanwaltschaft), der Polizei und der Jugendhilfe bzw. der Jugendgerichtshilfe nahe gebracht werden.

Erste modellhafte Projektwochen wurden parallel zu dem sich entwickelnden und reifenden Projekt „Rechtskundepaket“ in Friedrichshain-Kreuzberg und in Neukölln von

---

<sup>1</sup> Die Begrüßung wurde von Herrn Voß, Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, verlesen.



öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und in enger Kooperation mit der örtlichen Polizei durchgeführt.

Seit 2005 führte auch das Zentrum des Jugendrechts Mitte unter der Leitung von Herrn Horstmeier zahlreiche Projektwochen an zahlreichen Oberschulen (mit eigener Finanzierung) durch. Herrn Horstmeier gebührt ebenfalls Dank für seinen unermüdlichen Einsatz bis heute!

Die durchweg positive Resonanz auf die Projektwochen ließ den Ruf laut werden, berlinweit Rechtskunde-Projektwochen durchzuführen.

Die damit verbundene komplexer werdende Aufgabe der Umsetzung des Rechtskundepakets erforderte vor allem das Schaffen von professionellen und dauerhaften Kooperationszusammenhängen durch intensive Vernetzung auf Bezirks- und Landesebene, insbesondere von Schule, Jugendämtern, Jugendgerichtshilfen, Justiz und Polizei.

Um dafür die erforderliche organisatorische Grundlage zu schaffen, wurde im Jahre 2008 die Programmagentur Rechtskundepaket der Stiftung SPI beauftragt, mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) landesweit Rechtskunde-Projektwochen an Berliner Schulen zu koordinieren und zu organisieren.

Die Aufgaben der Programmagentur reichen unter anderem von der Akquise geeigneter Jugendhilfeeinrichtungen und fachlich und pädagogisch geeigneter Projektwochenbegleiter und -begleiterinnen bis zu der Organisation des überbezirklichen Erfahrungsaustausches und der fachlichen Reflexion auf Landesebene sowie von der Fortentwicklung des Curriculums bis zur Qualifizierung, Beratung und Unterstützung der Projektwochenbegleiter und -begleiterinnen – um nur einige ihrer Aufgaben zu nennen. Dabei ermöglichte nicht zuletzt die hervorragende Zusammenarbeit und Kooperation der unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen verschiedener Berufsgruppen der Programmagentur, jährlich etwa 40 Projektwochen durchzuführen.

Über meinen schon ausgesprochen Dank an die Programmagentur der Stiftung SPI hinaus möchte ich deshalb auch den Projektwochenbegleitern und -begleiterinnen und all denen für ihre Arbeit und ihr Engagement danken, die in unterschiedlichen Funktionen und Rollen an der Umsetzung des Rechtskundepakets im Rahmen der Projektwochen an Berliner Schulen beteiligt sind.

Dies liegt mir auch deshalb am Herzen, weil es keineswegs selbstverständlich ist, dass in einem Projektzusammenhang Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Polizisten und Polizistinnen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen so zusammenarbeiten, wie dies im Rahmen des Rechtskundepakets geschieht. In den letzten Jahren wurde zwar die Kooperation von Schule und Jugendhilfe, die Kooperation von Jugendhilfe und Polizei sowie die Kooperation von Schule und Polizei erheblich verbessert, es gibt jedoch nicht viele Projekte in Berlin, die für eine Kooperation all derjenigen stehen, die ich vorhin benannt habe. Dass diese Kooperation funktioniert, finde ich sehr ermutigend, nicht nur für das Rechtskundepaket, sondern auch für die Gestaltung der Präventionsarbeit in Berlin insgesamt.



Wir brauchen diese Kooperation dringend und wir müssen sie weiter entwickeln. Für diese Weiterentwicklung benötigen wir Modelle, von denen eines sicher die Umsetzung des Rechtskundepakets ist.

Im Rahmen des heutigen Fachtages sind wir zusammengekommen, um uns über den Stand der Umsetzung des Rechtskundepakets zu informieren, um die Ergebnisse der Prozessevaluation zu diskutieren, um interdisziplinär Erfahrungen auszutauschen und um neue Impulse für die Weiterentwicklung des Rechtskundepakets zu erhalten.

Ich bin sehr froh, dass diese Veranstaltung heute nach zweijährigem Bestehen der Programmagentur stattfindet, denn die Kooperation in diesem fachlich anspruchsvollen Projekt bedarf auch der Kommunikation miteinander. Ohne diese ist an eine nachhaltige Weiterentwicklung unserer Arbeit bzw. des Projekts nicht zu denken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen anregenden, spannenden und produktiven Vormittag!



## ■ Hartmut Brocke, Direktor der Stiftung SPI

Auch ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen. Mein Name ist Hartmut Brocke. Ich leite die Stiftung SPI und ich freue mich, dass diese Veranstaltung heute stattfindet. Ich bedanke mich bei unserer Gastgeberin Frau Rürup ganz herzlich und ebenso bei Herrn Voß, der heute die Landeskommision Berlin gegen Gewalt vertritt und uns als Moderator durch die Veranstaltung leitet.

Ich bin als Direktor dieser Stiftung stolz auf die Programmagentur Rechtskundepaket, weil sie an Schnittstellen verschiedener Arbeitsbereiche und Institutionen ansetzt, um diese miteinander ins Gespräch zu bringen und eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen ihnen zu ermöglichen. Dieser Ansatz ist ein besonderes Markenzeichen der Stiftung SPI – nämlich nicht an Zuständigkeitsgrenzen innezuhalten, sondern dort anzusetzen, wo uns Probleme vor neue Herausforderungen stellen, wo in individuellen Lebenslagen die Zukunftsperspektiven vieler junger Menschen positiv beeinflusst werden können. Hier macht auch dieses Projekt eine übergreifende Zusammenarbeit möglich.

Gerade bei sozial benachteiligten oder von Ausgrenzung bedrohten jungen Menschen ist es schwierig, bestimmte Ereignisse, die ihr Leben maßgeblich in eine negative Richtung beeinflussen, wieder auszugleichen. Diese jungen Menschen kommen mit einer Vielzahl von Institutionen in Berührung, deren Fachkräfte heute hier vertreten sind. Dass diese zum Wohl eines jungen Menschen zusammenarbeiten, sollte idealerweise eine Selbstverständlichkeit sein. In den Schulprojektwochen, die die Programmagentur organisiert, ist dieses Ideal Selbstverständlichkeit geworden. Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen, der Justiz, der Jugendhilfe und der Polizei arbeiten zusammen und ermöglichen den Jugendlichen, sich selbst an Regeln heranzutasten, sich selbst zu erarbeiten, was Normen sind und wie sie gelebt werden. Dieses selbstwirksame Lernen ist der zentrale Punkt bei den Schulprojektwochen. Nicht die Pädagogen lehren, was *wir* wollen, sondern die Jugendlichen setzen sich mit Regeln auseinander, verstehen sie und füllen sie mit Bedeutung. Diese Arbeit können wir als Stiftung SPI auf der Grundlage vieler Erfahrungen aus verschiedensten Projekten verrichten, und wir sind stolz darauf, dass wir die uns gestellte Aufgabe mit der Programmagentur Rechtskundepaket erfüllt haben.

Heute geht es darum, Bilanz zu ziehen. Es geht darum, auch vor dem Hintergrund von Doppelhaushalten und knapper werdenden ESF-Mitteln herauszufinden, wie das Rechtskundepaket weiter entwickelt werden kann. Dafür gehen Sie heute in die Debatte und in den fachlichen Austausch. Ihre Vorschläge sollen für die Weiterführung des Projekts zukunftsweisend sein und auch den verschiedenen beteiligten Senatsverwaltungen beziehungsweise dem Abgeordnetenhaus transparent gemacht werden.

Beim Erfahrungslernen, auf dem die Rechtskunde-Projektwochen basieren, erarbeiten sich die Jugendlichen einen eigenverantwortlichen Umgang mit Gewaltimpulsen, aber auch mit Gewalterfahrungen, und damit auch den Umgang mit eigenen Ängsten. Junge Menschen, die in einem Umfeld der Angst aufwachsen und sich aus diesem nicht befreien können, die meinen, dass gegen Gewalt nur Gewalt hilft, schlagen unter Umständen eine falsche Richtung ein.

Es geht also um das Erlernen von alternativen Konfliktlösungsformen, die *nicht* gewaltförmig sind, sondern die helfen zu deeskalieren. Es geht darum, im Gegenüber jemanden zu entdecken, der bereichernd für das eigene Erleben, für die eigenen sozialen



Beziehungen ist. Es geht um die Vermittlung der Bedeutung von gesellschaftlichen und auch gesetzlich standardisierten Normen für das Zusammenleben. Ich möchte ein alltägliches Beispiel – das Verhalten im öffentlichen Straßenraum – aufgreifen, um aufzuzeigen, wie wichtig diese Regeln für unser Zusammenleben sind. Hier kann man bisweilen den Eindruck gewinnen, dass die Straßenverkehrsordnung nicht für alle Leute verbindlich ist. Jugendliche müssen lernen, dass der Kauf eines Autos oder eines Fahrrads nicht den Erwerb der ganzen Straße mit einschließt. Dies trifft auf Menschen aller Altersklassen zu. Ein mit mir befreundeter Fahrlehrer sagt, es sei ungeheuerlich, welche falschen Erkenntnisse bereits zehn Jahre nach Erhalt eines Führerscheins mit Selbstverständlichkeit weitergegeben werden. Es wird im Straßenverkehr durch die Verkehrsteilnehmer selbst Recht geschaffen, aber es wird nicht überprüft, ob das tatsächlich geltendem Recht entspricht. Für junge Menschen, die das alles erst lernen müssen, denen das nicht im Alltag vermittelt wird, ist dies besonders fatal. Es geht also auch um die Entwicklung von Rechts- und Unrechtsbewusstsein.

Da Kinder aus sozial benachteiligten Familien oft die einzigen Familienmitglieder sind, die durch die Schule einen geregelten Tagesablauf haben, ist es wichtig, den Lehrern Mut machen, sich nicht nur ihren Fachinhalten zu stellen, sondern eben auch dem, was die Kinder aus ihrem sozialen Umfeld mitbringen. In der Schule kann die lebendige Auseinandersetzung damit möglich gemacht werden. Im Rahmen der Schulprojektwochen können Kinder auch einmal mit einem Polizisten auf gleicher Augenhöhe reden, ohne gleich ein schlechtes Gewissen haben zu müssen. Von den Erfahrungen der beteiligten Fachkräfte können die Kinder und Jugendlichen in so einem Austausch profitieren.

Zuletzt möchte ich anfügen, dass wir in den Jahren 2009 und 2010 in ganz Berlin jeweils 39 und im Bezirk Mitte zudem zusätzlich etwa 20 Rechtskunde-Projektwochen mit dem Zentrum des Jugendrechts durchgeführt haben. Wir werden heute Ihre Einschätzung brauchen, um unsere Arbeit weiter zu entwickeln und zu verbessern. Ich möchte mich bei Ihnen allen, aber auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bedanken und wünsche der Tagung einen guten Verlauf.



## II. Zwei Jahre Rechtskunde-Projektwochen in Berlin – Rückblick und aktueller Stand der Projektumsetzung

### ■ Jürgen Schendel, Stiftung SPI, Programmagentur Rechtskundepaket

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“. Mein Name ist Jürgen Schendel und ich leite in der Stiftung SPI die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei und die Programmagentur Rechtskundepaket. Ich möchte Ihnen zu Beginn meine Kolleginnen vorstellen, die gemeinsam mit mir und in Kooperation mit der Landeskommision und der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür gesorgt haben, dass diese Veranstaltung heute hier stattfinden kann. Viele von Ihnen kennen sie bereits aus dem Alltagsgeschäft der Organisation und Durchführung der Projektwochen: Das ist zum einen Kerstin Wilhelm, zum anderen Petra Saenger, beide als Koordinatorinnen tätig in der Programmagentur. Gerne würde ich Ihnen auch unsere Sachbearbeiterin Kerstin Piniek vorstellen, die jedoch aus Krankheitsgründen heute verhindert ist. Im Verlauf des Vormittags kommt eventuell noch Franziska Seyboth-Teßmer dazu, die viele von Ihnen ebenfalls schon kennen und die sich derzeit in Elternzeit befindet.

Die meisten von Ihnen haben noch vor der offiziellen Einladung eine Terminankündigung erhalten, in der damals von einer ganztägigen Fachveranstaltung die Rede war. Mitte August jedoch haben wir bemerkt, dass wir den geplanten bezirksweisen Fachaustausch nicht werden umsetzen können, weil einige wichtige Persönlichkeiten, die man für einen solchen bezirksweisen Austausch benötigt – unter anderem einige Projektwochenbegleiter/innen – fehlen werden. Wir haben genau in dieser Woche allein drei Projektwochen, die sich terminlich leider nicht anders organisieren ließen. Einige Protagonisten der Projektwochen fehlen auch wegen Fortbildungen oder trägerinterner Verpflichtungen. Deswegen haben wir uns entschlossen, diesen Teil der Veranstaltung zu einem anderen Zeitpunkt und dezentral nachzuholen.

Ich freue mich, dass heute Vertreterinnen und Vertreter aller Akteursgruppen zusammengekommen sind. Wir wissen alle, dass es sich bei der Durchführung von Rechtskunde-Projektwochen um ein Kooperationsprojekt handelt, das nur funktioniert, wenn alle Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz zusammenarbeiten und am selben Strang ziehen. Wir haben heute die Gelegenheit, miteinander zu reden, auf das Geschaffte zurückzublicken, die inhaltlichen und organisatorischen Lücken zu bezeichnen und gemeinsam in die Zukunft zu sehen.

Der Titel meines Vortrags „Zwei Jahre Rechtskunde-Projektwochen in Berlin – Rückblick und aktueller Stand der Projektumsetzung“ ist natürlich insofern irreführend, als es, wie einige von Ihnen wissen, auch *vor* der Gründung der Programmagentur – also vor Oktober 2008 – schon Rechtskunde-Projektwochen nach dem Konzept „Recht aufschlussreich“ gab – in Herrn Härtels Worten wurde vorhin darauf hingewiesen. Uwe Horstmeier beispielsweise ist schon seit vielen Jahren mit dem Zentrum des Jugendrechts in Mitte aktiv und hat dort inzwischen über 100 Rechtskunde-Wochen durchgeführt. Auch in anderen Teilen der Stadt – etwa in Friedrichshain-Kreuzberg oder Neukölln – haben ähnliche Projektwochen stattgefunden. Auf all diese Erfahrungen konnten wir bei der Projektgründung aufbauen. Entscheidend im Titel ist aber der



Hinweis auf Berlin, denn mit dieser Aufgabe – der Verwirklichung von Rechtskunde-Projektwochen in ganz Berlin – ist die Programmagentur betraut worden.

Ich möchte Ihnen zunächst kurz einen Überblick über meinen Vortrag geben:

## Überblick

- Rückblick – wesentliche Prozesse von der Planung bis zur Realisierung einer Rechtskunde-Projektwoche
- Aktueller Stand der Umsetzung
- Was noch geschah: Curriculum, Öffentlichkeitsarbeit etc.
- Offene Baustellen und Entwicklungsbedarf aus Sicht der Programmagentur

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



### 1. Rückblick – Wesentliche Prozesse von der Planung bis zur Realisierung einer Rechtskunde-Projektwoche

Den meisten von Ihnen dürfte der 5-tägige Ablauf einer Projektwoche bekannt sein. Hier werden die einzelnen Stationen noch einmal aufgeführt – vor allem für diejenigen unter Ihnen, die nur an wenigen Tagen oder nur an einem Tag an der Projektwoche mitwirken. Die folgende Darstellung zeigt Ihnen, wo Sie mit Ihrem Beitrag im Gesamtablauf der Projektwoche genau stehen:

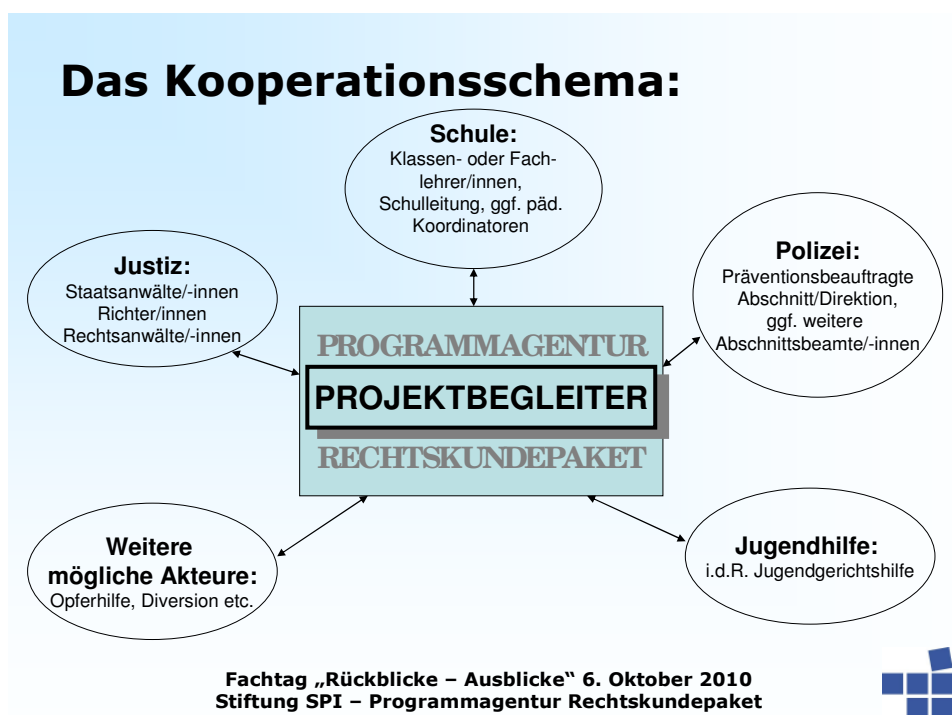
#### Der Ablauf einer Projektwoche:

- 1.Tag: Sensibilisierung zum Thema Gewalt, Erarbeitung eines jugendtypischen Falls als Rollenspiel, Rechtsgrundlagen
- 2.Tag: Anti-Gewalt-Veranstaltung der Berliner Polizei, offene Fragen zum Fall
- 3.Tag: Aufgaben der Jugendgerichtshilfe, Beratungsgespräch, Vorbereitung der Verhandlung, Besuch einer Polizeidienststelle
- 4.Tag: Verhandlung des fiktiven Falls als Rollenspiel im Amtsgericht, Informationen zur Gerichtsbarkeit
5. Tag: Nachbereitung, Rechtsfolgen des Urteils, Auswertung der Projektwoche, weitere Beratungsangebote

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Im Folgenden darf ich Ihnen noch einmal das Kooperationschema aller Akteursgruppen einschließlich der Programmagentur vor Augen führen:



In der Anfangsphase der Programmagentur lag der Fokus der Kooperation ganz klar auf der Landesebene. Durch die Vorarbeit der Landeskommission, die Arbeit in der Steuerungsrunde und durch diverse bilaterale Gespräche und Vereinbarungen zwischen der Programmagentur und einzelnen Kooperationspartnern war rasch klar: Die Kooperation auf der Landesebene funktioniert und dort wurden die Weichen frühzeitig so gestellt, dass die Voraussetzungen für die Umsetzung in den Bezirken gegeben waren – nämlich die Beteiligung der Akteure aus der Polizei, den Jugendgerichtshilfen, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, des Berliner Anwaltsverein e.V. und weiterer.

Doch wie sieht es in der „Ebene“ aus, sprich: in der Umsetzung in den 12 Bezirken? Bis es zur erfolgreichen Durchführung einer Projektwoche kommt, sind mehrere Schritte erforderlich, mit denen zugleich auch die Arbeit der Programmagentur beschrieben werden kann. Bei der Auswahl der Schulen wollten wir natürlich nicht an den örtlichen Gegebenheiten vorbei planen, sondern wir sind folgendermaßen verfahren:



## Wie kommt die Projektwoche in die Schule?

1. Anfrage bei der Schulaufsicht oder Bitte an die Schulpsychologie für Gewaltprävention und Krisenintervention, die Auswahl zu koordinieren
2. Auswahlmodi in den Bezirken: formelle oder informelle Aufforderung zur Interessensbekundung oder Bestätigung selbstmeldender Schulen durch Schulaufsicht oder Bedarfsfestlegung durch die Schulaufsicht bzw. klare Vorgaben der Schulaufsicht/Schulpsychologie mit Nennung einer Reihenfolge
3. Kontaktaufnahme der Programmagentur zur Schule – Verabredung über weiteres Procedere (Trägerbeauftragung etc.)

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Wir müssen uns dabei jedoch immer vor Augen halten: Es können pro Bezirk in jedem Jahrgang immer nur ganz wenige Schulen bzw. Klassen berücksichtigt werden. Die Durchführung einer Rechtskunde-Projektwoche ist in den Schulen nach wie vor eine Ausnahme, nicht die Regel. Wir werden 2009 und auch 2010 voraussichtlich jeweils 39 Projektwochen aus unseren Mitteln durchgeführt haben. 40 pro Jahr sind unser Ziel – und das ist verglichen mit der Vielzahl von Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen in Berlin wahrlich nicht viel. Zugleich binden aber diese 40 Projektwochen – wie Ihnen allen bewusst ist – sehr viel Personal in den einzelnen Bereichen, und entsprechende Begrenzungen im Personaleinsatz einzelner Akteursgruppen müssen wir selbstverständlich berücksichtigen.

Nach der Auswahl der einzelnen Schulen erfolgt bzw. erfolgte regelmäßig die Akquise von freien Trägern der Jugendhilfe. Inzwischen haben wir in allen 12 Bezirken Träger für die Durchführung der Projektwochen gewinnen können – in Mitte war der Träger mit dem Zentrum des Jugendrechts wie erwähnt schon vor der Gründung der Programmagentur präsent. Natürlich hätten wir das ganze Programm auch allein mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung SPI in den Bezirken umsetzen können. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, denn wir wollten die gewachsenen oder noch wachsenden Kooperationsstrukturen zwischen freien Trägern der Jugendhilfe, den örtlichen Jugendämtern und den Schulen nicht noch um einen weiteren Träger bereichern, sondern diese Strukturen durch unser Angebot unterstützen. Bei der Auswahl der Träger haben wir uns auf solche mit vorhandenen Erfahrungen in der Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz bzw. in der Schulsozialarbeit oder auf Anbieter ambulanter Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz konzentriert. Den Prozess der Trägersauswahl gestalteten wir in der Regel nach folgendem Schema:



## Trägerakquise

1. Unser Prinzip: Unterstützung vorhandener Strukturen im Bezirk. Auswahl eines Trägers mit Erfahrung in Delinquenzprävention (amb. Maßnahmen nach JGG) oder in Schulsozialarbeit in den ausgewählten Schulen
2. Abstimmungsprozess mit der Jugendamtsleitung bzw. der zuständigen Regionalleitung, ggf. mit JGH
3. Trägergespräch – Kooperationsvereinbarung zw. Träger/Programmagentur – Werkvertrag (für das lfd. Kalenderjahr)

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Durch dieses Vorgehen konnten wir uns auch der Unterstützung der örtlichen Jugendämter hinsichtlich der Trägersauswahl gewiss sein.

Nachdem der Träger bestimmt und entsprechende Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen waren, fanden bzw. finden folgende Schritte bis zur Durchführung der Projektwoche statt:

## Von der Trägerakquise zur Umsetzung

- Schulung der Projektwochenbegleiter, 2 Tage in Kooperation mit Uwe Horstmeier, Zentrum des Jugendrechts Mitte
- während der Vorbereitung der Projektwochen: laufende inhaltliche Beratung und organisatorische Unterstützung durch die Programmagentur Rechtskundepaket
- i.d.R. Auftaktveranstaltung im Bezirk mit allen Akteuren einschließlich der ausgewählten Schulen
- Kommunikation herstellen zwischen den Akteuren – zuständig in der Programmagentur:  
P. Saenger/F. Seyboth-Teßmer für Sp, Ch-W, St-Z, Th-Sch, Tp-K, Libg, Mz-H (Dir 2, 4, 6)  
K. Wilhelm für Pa, Rd, Mi, Fh-Kb, Nk (Dir 1, 3, 5)
- Akquise der Richter/innen, Staats- und Rechtsanwälte/-innen, schließlich der Gerichtssäle im Amtsgericht Tiergarten oder im Landgericht

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Danach können die Projektwochen stattfinden, deren Ablauf Ihnen weitgehend bekannt sein dürfte und auf den ich vorhin kurz hingewiesen habe.

## 2. Aktueller Stand der Umsetzung

Das Gesamtergebnis absolvierter Projektwochen bis Ende 2010 wird folgendermaßen aussehen:

### Projektwochen (PW) in den Bezirken

Bezirk	Träger	2009	2010
Mitte	Zentrum des Jugendrechts Mitte	3 (+ 21)	5 (+18)
Lichtenberg	pad e.V.	9 (+1)	4
Marzahn-Hellersdorf	pad e.V.	8	4
Friedrichshain-Kreuzberg	E-LOK/Hr. Wernecke NHU / PlanTage	4	3
Spandau	Casa e.V. GSJ gGmbH	8	4
Neukölln	Jugendwohnen im Kiez GSJ gGmbH Evin e.V.	7	5
Pankow	Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH djo Dt. Regenbogen		3
Reinickendorf	Trapez e.V. Aufwind e.V.		3
Ch'burg-W'dorf	EJF - Integrationshilfe		1
Steglitz-Zehlendorf	Ziesche GeSAB		2
Tempelhof-Schöneberg	H.U.G.O. e.V. GSJ gGmbH		2
Treptow-Köpenick	GSJ gGmbH		3
<b>(Summe ext. Finanzierung)</b>		<b>(22)</b>	<b>(18)</b>
<b>Summe Programmagentur</b>		<b>39</b>	<b>39</b>
<b>Gesamt</b>		<b>61</b>	<b>57</b>

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Einige Erläuterungen zu dieser Tabelle:

- pro Bezirk sind im Auftrag der Programmagentur immer ein bis drei Träger aktiv;
- 2009 wurde mit 6 Bezirken gestartet, 2010 kamen die übrigen 6 Bezirke dazu;
- in Klammern sind Projektwochen angegeben, die nicht durch die Programmagentur finanziert wurden, sondern – in der Regel – durch Abminderungsstunden von Uwe Horstmeier und seinem Kollegen Dieter Stein in Mitte; diese Projektwochen unterstützt die Programmagentur durch die Vermittlung der Juristinnen und Juristen für den Verhandlungstag;
- die Spalte „2010“ bildet den Planungsstand bis 31.12.2010 ab; tatsächlich finden zwischen dem 6. Oktober und Weihnachten 2010 noch 30 von der Programmagentur beauftragte Projektwochen statt!

Im Ergebnis werden bis Ende 2010

- stadtweit 15 Träger mit knapp 30 Projektwochenbegleiterinnen und -begleitern,
- ca. 37 Polizeibeamte/-innen bzw. Präventionsbeauftragte von 27 Abschnitten,
- 25 Jugendgerichtshelfer/innen aus 10 Bezirken,
- 41 Richter/innen, 44 Staats- und ca. 20 Rechtsanwälte und -anwältinnen
- 78 Projektwochen (plus 40 in Mitte) an 41 Schulen (plus 9 in Mitte) für 1600 bis 1700 Schülerinnen und Schüler (plus etwa 800 in Mitte) umgesetzt haben.



Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt für Ihre Unterstützung, für Ihr Engagement und hoffentlich auch für Ihre zukünftige Mitwirkung bei der Realisierung der Rechtskunde-Projektwochen! Durch das Mitwirken von Ihnen allen erhält dieses Rechtskundeprojekt sein Alleinstellungsmerkmal – das ist der Durchgang durch das Jugendstrafverfahren in Form eines Rollenspiels von der Tatbegehung bis zum Richterurteil mit möglichst vielen authentischen Akteuren!

Unser Pensum haben wir damit quantitativ erfüllt – und das war auch unser wichtigstes Ziel als Programmagentur. Es war bisweilen nicht einfach, denn beim Aufbau dieses vielfältigen Kooperationskonstrukts gab es verschiedene Stolpersteine, die wir zu Beginn des Projekts noch nicht sehen konnten. Insgesamt hat sich aber gezeigt, dass die Grundstrategie, mit der wir angefangen hatten, stimmt, die Kooperationen stehen, und nun kann es weitergehen.

### **3. Was noch geschah: Curriculum, Öffentlichkeitsarbeit etc.**

Neben der Organisation der Projektwochen haben wir uns unserem Auftrag gemäß vor allem mit den Themen Differenzierung des Curriculums, Evaluation und Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt:

#### **Was noch geschah:**

- Curriculumsentwicklung  
AG Curriculum (Altersdifferenzierung, Unter-AG zur Falldifferenzierung, Vor- und Nachbereitung der Lehrkräfte, Einbindung der Opferperspektive in den PW-Ablauf)
- Prozessevaluation – enge Kooperation mit der Evaluatorin – Ergebnisse gleich in eigenem Vortrag...
- Öffentlichkeitsarbeit: Fachveranstaltungen für Berufsgruppen, Auftaktveranstaltungen in Bezirken etc., Infoblatt Nr. 50, wenige Veranstaltungen in der breiten Fachöffentlichkeit

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Die AG Curriculum wurde zu Beginn des Jahres 2010 gegründet, ihre Themen sind demzufolge noch nicht abgeschlossen. Ebenso haben wir aufgrund anderer zunächst vorrangiger Aufgaben auch die Prozessevaluation später als geplant beauftragt, nämlich im Spätsommer 2009. Die Zusammenarbeit mit Frau Palloks war sehr konzentriert, und sie wird Ihnen die Ergebnisse gleich nach der Pause vorstellen.



#### 4. Offene Baustellen und Entwicklungsbedarf aus Sicht der Programmagentur

Selbstverständlich konnten noch nicht alle Aufgaben, die wir uns im Sommer 2008 gestellt haben, umgesetzt werden. Die wichtigsten „offene Baustellen“ sind folgende:

### Offene Baustellen / Entwicklungsbedarf

- Öffentlichkeitsarbeit: nicht „nur“ für Akteure und Insider, sondern verstärken in Richtung allg. Fachöffentlichkeit, und allgemeiner Öffentlichkeit
- Vertiefung der Curriculumsarbeit
- Unklarheit über die Wirkungen der Rechtskunde-Projektwochen bei den Schülerinnen und Schülern
- Weitere Optimierung der Kooperation der Programmagentur mit den Projektwochenbegleitern und zwischen den Akteuren untereinander
- Systematische und standardisierte regionale Auswertungen mit allen Akteuren auf den Bezirksebenen nach erfolgter Projektwoche (bisher zu selten)

Fachtag „Rückblicke – Ausblicke“ 6. Oktober 2010  
Stiftung SPI – Programmagentur Rechtskundepaket



Auch hierzu abschließend noch zwei ergänzende Anmerkungen:

Die Öffentlichkeitsarbeit muss in Zukunft noch deutlich stärker ausgebaut werden, und zwar nicht nur in Richtung Fachöffentlichkeit, sondern auch in Richtung allgemeine Öffentlichkeit. Denn wir sind der Meinung, dass über Kooperationsprojekte, die gut funktionieren, ruhig berichtet werden darf und dass sie so auch Eingang ins Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit finden dürfen.

Die regionalen bzw. bezirksweiten Auswertungen sind bisher wegen mangelnder Zeitkapazitäten viel zu sehr vernachlässigt worden. Hier sind diverse Einzelveranstaltungen notwendig, die wir noch nachzuholen und kontinuierlich fortzusetzen haben. Wir gehen davon aus, dass es überall noch Verbesserungspotenziale in der Durchführung der Projektwochen selber, aber auch in der Kooperation der verschiedenen Akteursgruppen gibt. Das wird eine unserer wichtigsten Aufgaben in der Zukunft sein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!



### **III. Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung**

- **Kerstin Palloks, Sozialwissenschaftlerin, ebb (Evaluation, Beratung, Bildung)**

Ich möchte Ihnen gern einige Aspekte meiner Arbeit vorstellen. Meine Arbeit für dieses Programm, das ist die externe Prozessevaluation, mit der ich seit Oktober 2009 betraut bin. Ich werde nur kurz etwas zum Ansatz der Evaluation sagen und dann zügig zu ausgewählten Ergebnissen kommen, die die Durchführung der verschiedenen Module in der Rechtskunde-Woche betreffen. Der Vortrag gliedert sich in folgende Punkte:

- (1) Kurze Vorstellung des Evaluationsansatzes
- (2) Darstellung ausgewählter Ergebnisse zu den verschiedenen Beteiligengruppen
- (3) Zwischenfazit (Rückbindung an das Programm)
- (4) Überlegungen zur Konsistenz von Auftrag, Inhalten und Herangehensweisen im Programm.

#### **Zu (1): Kurze Vorstellung des Evaluationsansatzes**

Es gibt in diesem Programm ein besonderes Interesse an organisatorischer und inhaltlicher Weiterentwicklung. Die Aufgabe der Evaluation ist es, für diesen Entwicklungsprozess Reflexionsangebote zu schaffen und Anregungen/Optimierungsvorschläge zu unterbreiten. Auftraggeber und gleichzeitig Adressat dieser Anregungen ist die Programmagentur als koordinierende Stelle. Die Reflexionsangebote werden auf der Basis empirischer Ergebnisse erarbeitet. Hierzu gab es bislang zwei Befragungswellen:



# Komponenten der Prozessevaluation

## **(I) Studie** (Oktober 2009-Januar 2010):

Interviews mit Akteuren der Planungs- und Steuerungsebene (explorativ)

## **(II) Studie** (April – Juni 2010):

Befragung von Praktikern/-innen aus verschiedenen Bezirken;

Interviews mit insgesamt 12 Personen:

- Projektwochenbegleiter/-innen (PWB)
- begleitende Lehrkräfte

## **(III) Prozessbegleitung** (fortlaufend):

Gestaltung von Feedback-Prozessen

- Zwischenberichte
- Beratungen
- Mitarbeit in AGs

Ich möchte Ihnen heute einige ausgewählte Ergebnisse aus der *zweiten* Studie vorstellen. Für diese zweite Befragung wurden die Beobachtungen von zwei Akteursgruppen der Rechtskundewoche dokumentiert: den Projektwochenbegleitern/-innen und den Lehrern/-innen, die ihre Klassen in der Projektwoche begleiten. Es handelt sich also um die Perspektive dieser beiden Gruppen auf die Rechtskundewoche. Beide haben als einzige die gesamte Projektwoche im Blick; die Projektwochenbegleiter/-innen sogar mehrere Projektwochen. Beide Gruppen verfügen also über eine Vergleichsperspektive, darum haben wir sie auch für diesen Untersuchungsschritt ausgewählt. Insgesamt wurden zwölf zum Teil recht ausführliche Interviews durchgeführt; den beteiligten Kollegen/-innen sei an dieser Stelle für ihre Zeit und die spannenden Gespräche ausdrücklich gedankt.

Ich habe mich bemüht, zu jeder der beteiligten Berufsgruppen mindestens ein Ergebnis für diese Präsentation auszuwählen. Dabei geht es um folgende Fragen:

- Welche unterschiedlichen Varianten von Durchführungen sind dokumentiert?
- Wie werden diese bewertet – also welcher Praxis werden welche Vor- und Nachteile zugeschrieben?
- Welche Anregungen für die Durchführung der Projektwoche lassen sich daraus ableiten?

Vorauszuschicken ist, dass es eine hohe Identifikation der Beteiligten mit den Themen und Zielen des Programms gibt, ebenso wie eine große Achtung und Anerkennung der Arbeit der verschiedenen Berufsgruppen. Mein Fokus – das Augenmerk der Prozessevaluation – liegt nun vorrangig auf denjenigen Aspekten des Programms, an denen sich Optimierungspotenziale zeigen, darum stelle ich heute vor allem solche Beobachtungen vor, die diesbezüglich Hinweise liefern könnten.



## Zu (2) Darstellung ausgewählter Ergebnisse zu verschiedenen Beteiligengruppen

Ich beginne mit den beiden Befragtengruppen selbst, den *Projektwochenbegleitern/-innen* und den *Lehrkräften*. Ich habe hier ein Ergebnis ausgewählt, das sich auf die *Interaktion* zwischen beiden Gruppen bezieht bzw. auf die Frage, wie sie sich in der Projektwoche wechselseitig wahrnehmen. Hier lassen sich zwei interessante Beobachtungen benennen:

Offenbar gibt es zwischen PWB und Lehrern/-innen

- unterschiedliche Auffassungen über die Rollenaufteilung in der Projektwoche und
- unterschiedliche Bewertungen der Methoden der Durchführung.

Zum ersten Punkt: Von Rollenkonflikten zwischen Lehrern/-innen und PWB berichten fast alle Projektwochenbegleiter/innen. Für sie ist das ein wichtiges ein Thema, weil sich solche Unstimmigkeiten unmittelbar auf ihre Souveränität in der Arbeit mit den Schülern auswirken können.

*Was ist das Problem?* Berichtet wird, dass Lehrer/innen den Projektwochenbegleitern/-innen ihre Rolle im Geschehen mitunter streitig machen; die Frage ist also, wer führt hier Regie? Für manche Lehrer/innen scheint es schwierig zu sein, sich selbst in der Projektwoche zurück zu nehmen, es gebe diesen Drang, aktiv ins Geschehen einzugreifen. Auch komme es vor, dass Zensuren verteilt oder ein Test mit den Inhalten der Projektwoche im Nachgang der Veranstaltung angekündigt wird. Die Lehrer/innen begründen dies mit der Notwendigkeit, die Projektwoche für schulische Zwecke nutzen zu können. Für die Projektwochenbegleiter/innen ist gerade dies aber ein Problem – die Projektwoche solle ja gerade nicht einen Pflicht- und Leistungsbezug herstellen oder die Arbeitsweisen von Schule fortsetzen. *Ihnen* gehe es vielmehr darum, bei den Teilnehmern/-innen eine Freiwilligkeit zu erreichen und die Motivation zu fördern, sich mit den Themen der Rechtskundewoche auseinandersetzen zu wollen.

Die *Lehrer/innen ihrerseits* sehen diesen Rollenkonflikt nicht, finden aber, dass die Arbeit mit den Teilnehmern/-innen insgesamt stringenter sein könnte: Das Erarbeiten von Inhalten sei mitunter zäh oder dauere zu lang. So finden fast alle, dass die Projektwoche zu lang sei und schlagen eine Kürzung auf vier oder sogar drei Tage vor. Insgesamt legen Lehrer/innen hier Maßstäbe an, die sie auch an ihren eigenen Unterricht ansetzen. Die Projektwochenbegleiter/innen wiederum äußern die Sorge, dass die Lehrkräfte zu wenig Verständnis für die partizipativen und zum Teil spielerischen Ansätze einer teilnehmerorientierten Jugend(bildungs)arbeit aufbringen könnten.

Was könnte das bedeuten? Ich sehe folgende Erklärungen:

Deutlich wird, dass mit Lehrenden und Sozialpädagogen/-innen zwei verschiedene Berufskulturen aufeinander treffen, die mit je unterschiedlichen Ansätzen und einem anderen methodischen Repertoire mit Jugendlichen zu arbeiten gewohnt sind. Das ist nicht weiter ungewöhnlich und auch nichts Neues. Schwierig wird es aber, wenn der *Rahmen* der Projektwoche, in der beide Berufsgruppen mitwirken, verschieden interpretiert wird: Die einen meinen, es sei eine Fortsetzung von Schule, die anderen meinen, es sei ein Ansatz der Jugendarbeit, wo eben mit anderen Methoden gearbeitet wird.

Dieses leichte „Knirschen“ in der Interaktion zwischen beiden Gruppen könnte also ein Zeichen dafür sein, dass die Lehrer/innen sich des veränderten Rahmens, auch der Erwartungen an ihre Rolle, nicht unbedingt bewusst sind. Sie lösen diese Unbestimmtheit auf, in dem sie an der Rolle festhalten, die sie in der Lehrer-Schüler-Konstellation immer einnehmen. Dass im Grunde auch von ihnen ein Rollenwechsel erwartet wird – von der



aktiven Lehrerrolle in eine passive Begleiterrolle – scheint unklar: Es wird Ihnen aber auch nicht durchgängig vermittelt.

## Projektwochenbegleiter/innen und Lehrkräfte

- **Problem:** Rollen, Rahmen, Erwartungen z.T. unklar
- **Erklärung:** zu wenig Absprachemöglichkeiten
- **Ansatz:**
  - Kontakt zwischen Projektwochenbegleitern/-innen und Lehrkräften intensivieren
  - Unterstützung durch die Programmagentur (Ressourcen, Leitfäden mit Verfahrensregeln, Kontakt zu Schulen)

Es vermittelt sich der Eindruck, dass der Kontakt zwischen Projektwochenbegleitern/-innen und Lehrern/-innen insgesamt zu gering ist. Es gibt im Vorfeld wenige Absprachemöglichkeiten, obgleich viel zu besprechen wäre, z.B. die Rollenaufteilung, das Verständnis über die methodische Herangehensweise sowie auch die Erwartungen an die Nachbereitung der Projektwoche durch die Schule. Für die Durchführung und den Erfolg der Projektwoche wäre es also ein großer Gewinn, wenn es im Vorfeld mehr Kontakte zwischen beiden Akteursgruppen geben würde, um die jeweilige Projektwoche besser (vielleicht sogar gemeinsam) vorbereiten zu können. Hierbei wären sowohl auf Seiten der Schulen als auch bei den Projektwochenbegleitern/-innen die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu beachten. Vor allem bei denjenigen Projektwochenbegleitern/-innen, die nicht über eine Tätigkeit als Schulsozialarbeiter/innen bereits in eine Schule integriert sind, gestalten sich Zugänge zu Schulen oft sehr schwierig. Darum bedarf es hier auch einer Unterstützung durch die Programmagentur; diese arbeitet aktuell an Möglichkeiten und Wegen, um die Verknüpfung von Schule und Programm generell zu optimieren.

Zu den Modulen, die von der *Polizei* durchgeführt werden:

Die Polizei gestaltet zwei Module in der Rechtskunde-Woche: Die Anti-Gewalt-Veranstaltung (AGV) am zweiten Tag, in der Schüler/innen u.a. über Deliktformen und deren Strafbewehrung informiert und Deeskalationstechniken vermittelt werden, und am dritten Tag den Besuch einer Dienststelle, bei dem die Aufgaben der Polizeiarbeit und Aspekte der Ermittlungsarbeit demonstriert werden. Hier lassen sich zwei Beobachtungen benennen, die wichtig erscheinen:

Die Befragten meinen, dass

- einerseits der Polizei-Part, vor allem die AGV, mit das „eindrucksvollste und auch wichtigste Modul“ sei, das bei den Schülern am nachhaltigsten Wirkungen hinterlasse,
- diese Wirksamkeit andererseits aber ambivalent sei; den Modulen wird dieses Potenzial zugesprochen, wenn sie in einer bestimmten Weise gut gemacht sind. Wenn das aber nicht der Fall ist, könnte sich dieses Potenzial quasi verkehren und dann sogar zu unerwünschten Effekten führen.

Was heißt nun „gut“ oder „nicht gut“ im Einzelnen, wo werden die Probleme gesehen, wo die Stärken der Module?

Ich beginne mit den AGV: Ungünstig sei es, wenn Beamte die Jugendlichen moralisierend (mit erhobenem Zeigefinger) oder konfrontativ anzusprechen versuchen: Also wenn z.B. Teilnehmer/innen aufgefordert werden, sich zu möglichen Haltungen oder Absichten zu bekennen oder wenn Einzelne oder die Gruppe als solche besonders rigide angesprochen werden. Das Problem sei, dass Schüler/innen sich dann schnell unter Verdacht gestellt fühlen. Dies erschwere dann auch die weitere Arbeit mit ihnen, weil sie sich abschotten. Gleichzeitig würde sich so auch ein ungünstiges Bild von Polizei und Polizeiarbeit vermitteln, was gerade *nicht* beabsichtigt sei.

Mit AGV, die *anders* als eben beschrieben ablaufen, werden hingegen sehr gute Erfahrungen gemacht: Besonders gelungene AGV seien solche, die konsequent auf Informationsvermittlung und Kompetenzerwerb setzen (z.B. bei den Deeskalations-trainings), bei denen die Jugendlichen konstruktiv eingebunden und zum Nachdenken über Straftaten und Strafnormen angeregt werden – möglichst anhand fiktiver Beispiele, also mit sachlicher Distanz zum Geschehen. So sei gerade dieses Modul im Stande, die erwünschte Perspektivübernahme, die Entwicklung einer Empathie für die Situation von Opfern zu erreichen.

Auch die Präsentation der Ermittlungsarbeit, die Exkursion zum lokalen Abschnitt der Polizei am folgenden Tag, ist für die Projektwoche sehr wichtig. Und auch hier gebe es bei den verschiedenen Dienststellen jedoch recht unterschiedliche Herangehensweisen. Bei einigen ließe sich, so die Befragten, noch an den Konzepten für die Gestaltung dieses Tages feilen: Mitunter sei nicht ganz klar, was die Teilnehmer/innen dort lernen sollten. Als Beispiele hierfür werden u.a. das Angebot benannt, Schüler/innen ein Polizeiauto besichtigen zu lassen, auch allgemeine Verkehrserziehung oder Ansätze der Suchtprävention, die vorgestellt würden. Dies alles könne zwar sehr anschaulich sein, es sei aber zu fragen, welchen Bezug das zu den Zielen der Projektwoche habe.

Sehr gute Erfahrungen liegen hier mit Ansätzen vor, bei denen es gelingt, die Ernsthaftigkeit der Ermittlungsarbeit und vor allem die Regeln zu verdeutlichen, die für die Arbeit der Polizei selbst gelten (z.B. im Umgang mit Verdächtigen und Zeugen/-innen, aber auch mit Opfern). Darüber könne sich nicht zuletzt die Wahrnehmung der Polizeiarbeit und ihrer Repräsentanten/-innen bei den Jugendlichen positiv verändern. Gerade hier sei also eine große Chance angelegt, das Bild der Polizei in positiver Weise zu beeinflussen.



## Module der Polizei

- Anti-Gewalt-Veranstaltung (AGV):
  - auf Information und Reflexion setzen
  - auf Ansprache-Strategien achten
  - Distanz wahren (Ebene fiktiver Beispiele)
- Exkursion (Besuch der Direktion)
  - Konzepte für die Präsentation der Polizeiarbeit den Zielen der Projektwoche angleichen
  - Regeln der Polizeiarbeit verdeutlichen

Man kann also festhalten: Um dieses großes Potenzial der Polizei-Module für die Projektwoche verlässlich fruchtbar zu machen, wäre es sinnvoll, sich noch einmal über Konzepte für die Gestaltung der Exkursion zu verständigen und andererseits die Ansprachestrategien (den Blick auf die Teilnehmer/innen) stärker zu reflektieren.

Im Fortgang der Projektwoche schließt sich das nächste Modul bzw. eine weitere Akteursgruppe an: *die Jugendgerichtshilfe*.

Die Jugendgerichtshilfe (JGH) ist nach Auffassung aller Befragten ein ganz zentraler Akteur innerhalb des Jugendgerichtssystems und damit auch für die Rechtskundewoche von besonderer Bedeutung. Vor allem den befragten Lehrkräften ist dieser Funktionsbereich sehr wichtig. Umso bedauerlicher sei es, dass dieses Modul häufig etwas im Schatten der anderen Angebote der Projektwoche steht. Es sei generell nicht ganz einfach, die Bedeutung dieses Aufgabenbereiches auch an die Teilnehmer/innen zu vermitteln. Das Modul der JGH wird mitunter als weniger spannungreich beschrieben; den Schülern/-innen fiel es schwer, sich später an die Inhalte zu erinnern. Diese Beobachtungen hätten aber mit Kompetenzen oder dem Engagement der JGH gar nichts zu tun. Wie lässt sich dies also erklären? Es deutet sich an, dass die JGH innerhalb dieser Projektwoche *strukturell benachteiligt* ist:

Die Akteure der Polizei beispielsweise haben gegenüber der Jugendgerichtshilfe einen entscheidenden Vorteil: Sie verfügen per se über einen Aufmerksamkeitsbonus; ähnlich sei es auch bei den Juristen/-innen. Die Erwartungen der Schüler/innen seien hier schon im Vorfeld sehr hoch. Des Weiteren haben der Besuch einer Direktion oder das Agieren von Anwälten/-innen und Richterschaft im Gerichtssaal eine hohe Anschaulichkeit. Die JGH kann auf beide Boni nicht zurückgreifen. Die Kollegen/-innen müssten – im Gegenteil – häufig sogar gegen Ressentiments von Jugendlichen anarbeiten, nämlich ein stereotypes Negativ-Image der Jugendhilfe. Die JGH müsse sich also einen Stand bei den Jugendlichen erst erarbeiten.

Welche beachtlichen Erfolge nun in diesem Modul grundsätzlich möglich sind, zeigt u. a. das folgende Zitat:



## Erfolg der JGH

*„(...) die JGH hat ein paar Wochen später angerufen und erzählt, dass fünf von den Jungs aus der Klasse bei ihnen waren und zwar nicht, weil sie straffällig geworden sind, sondern weil sie sich Hilfe gesucht haben. Einer wollte sich unterbringen lassen, also von zu Hause raus und der hat sich den Namen von dem JGH gemerkt und die sind dann dahin.“*

[Projektwochenbegleiter/in]

Offenbar ist es hier gelungen, vor allem das Angebot der Unterstützung in lebenspraktischen Dingen durch die Jugendhilfe, also einen Zugang zu bestehenden Hilfen überzeugend zu vermitteln. Für eine solche Projektwoche ist dies als ein enormer Erfolg zu werten.

Es wäre sinnvoll und wichtig zu überlegen, wie sich die Anteile der JGH insgesamt noch stärker zur Geltung bringen lassen. Eine Idee der Befragten war es, besonders große Gruppen zu teilen, auch in diesem Modul eine Kombination aus offenem Gespräch und dem Modus des Rollenspiels zu nutzen bzw. für dieses neue Rollen hinzu zu erfinden (Eltern, Lehrer/innen etc.). Darüber würde es eher gelingen, einerseits möglichst viele Schüler/innen aktiv einzubinden und andererseits die Komplexität des Arbeitsfeldes der JGH plastisch zu vermitteln.

Im weiteren Verlauf der Projektwoche übernehmen nun die Akteure aus dem *Justizbereich*; hier sind drei verschiedene Berufsgruppen beteiligt: Richter/innen, Staatsanwaltschaft und Rechtsanwälte/-innen.

Die Mitwirkung von *Rechtsanwälten/-innen* (am vierten und manchmal auch bereits am dritten Tag) sei für die Teilnehmer/innen besonders attraktiv. Schließlich seien die Schüler/innen besonders gespannt auf diese Berufsgruppe, von der sie sich u. a. aus dem Fernsehen ein Bild gemacht haben. Für die Projektwochenbegleiter/innen sind sie aber darüber hinaus überaus wichtig, weil sie ihnen als Fachleute für juristische Fragen zur Seite stehen. Dies sei vor allem für die *Vorbereitung* der Gerichtsverhandlung gut. Schade sei es – und das ist der einzige Kritikpunkt hier – dass die Rechtsanwälte/-innen aus Ressourcengründen eben nicht immer an der Projektwoche teilnehmen könnten. Der Vergleich verschiedener Projektwochen zeigt: Es ist einfach besser, wenn sie dabei sind.

Zu den Akteursgruppen *Richter/innen und Staatsanwälte/-innen*: Sie sind die Hauptakteure am vierten Tag, der gemeinhin als Gipfelpunkt der Projektwoche gilt, der Gerichtsverhandlung. Die Projektwochenbegleiter/innen, die mehrere Projektwochen durchgeführt haben, beschreiben hier eine große Bandbreite an Durchführungen, obgleich Fälle und Rollenbesetzungen häufig ähnlich sind. Die unterschiedlichen Verläufe

der Verhandlungen oder die variierenden Urteile hätten – so die Befragten – aber keinen Einfluss auf die Lernchancen. Anders sei dies bei der Intensität in der Auseinandersetzung mit den Teilnehmern/-innen; diese sei recht unterschiedlich. Dabei sei die Art und Weise, wie sich die Richter/innen und Staatsanwälte/-innen vor und nach der Verhandlung bzw. in den Prozesspausen mit den Teilnehmern/-innen auseinandersetzen, ausschlaggebend für die Qualität der Ergebnisse. Lerneffekte würden sich vor allem dann einstellen, wenn sich die professionellen Akteure auch *außerhalb* des Rollenspiels die Zeit nehmen, mit den Schülern/-innen zu sprechen, ihnen Sachverhalte zu erklären und nach deren Ideen zum Fall zu fragen.

Besonders gut sei es also, wenn die Akteure 1.) in einen „Interaktionsmodus“ *außerhalb* des Rollenspiels wechseln, 2.) wenn diese Rollenwechsel ankündigt werden, die Implikationen der jeweiligen Rolle verdeutlicht werden, und 3.) wenn Fragestellungen und Gesprächsimpulse eingebracht werden, die helfen, Distanzen zu den Schülern/-innen zu überwinden und sie in einen *Diskurs* über das Erlebte zu bringen.

### Akteure im Gericht

- Agieren auf verschiedenen Ebenen (Interaktionsmodus)
- Rollenwechsel klar ankündigen
- Auswertung und Austausch über das Erlebte

*„Mir hat ein Staatsanwalt so gut gefallen, weil er verstanden hat, worum es geht – da war viel Pädagogik dabei, er ist in der Pause nach vorn gekommen, hat noch mal alles durchgesprochen, Fragen gestellt, erklärt und ausgewertet, was passiert ist: Warum hat er als Staatsanwalt die und die Fragen gestellt, warum sollten die Zeugen raus, wie würdet Ihr jetzt entscheiden, welcher Straftatbestand lag denn Eurer Meinung nach vor?“*

[Projektwochenbegleiter/in]

Auch hier wäre eine wichtige Voraussetzung, dass die beteiligten Berufsakteure wissen, was das Konzept vorsieht bzw. welche Erwartungen von Programmseite an sie bestehen – dass z.B. auch die Gerichtsverhandlung Teil eines bestimmten pädagogischen Konzeptes ist. Dies fällt wiederum in den Aufgabenbereich der Programmagentur, die für die Informationsübermittlung zu diesen Akteuren zuständig ist.

### Zu (3): Zwischenfazit (Rückbindung an das Programm)

Wie lassen sich die bisherigen Ergebnisse einordnen, was sagen sie über das Rechtskundepaket als Programmzusammenhang aus? Zweifellos ist es ein Programm, das gut läuft und überaus engagiert umgesetzt wird. Die Beteiligung authentischer Berufsvertreter/innen ist ein großer Trumpf, der auch den besonderen Charme dieses Programms ausmacht. Deutlich wird aber auch, dass ein Konzept, das auf



Interdisziplinarität setzt, *für sich genommen* noch nicht ein Optimum an Qualität sicherstellen kann.

In Programmen, bei denen viele verschiedene Akteursgruppen beteiligt sind, insgesamt eine große Zahl von Einzelpersonen an der Durchführung mitwirkt, sollte Qualität über drei Aspekte gesichert werden:

- a) über ein geteiltes, ein *gemeinsames Verständnis über die zentralen Ziele und Botschaften* der Projektwoche bzw. des Programms „Rechtskundepaket“;
- b) über ein *gemeinsames Verständnis von Arbeitsansätzen* (Methoden und Didaktiken) und
- c) über die Art und Weise, wie die einzelnen Module sinnhaft ineinander greifen, Inhalte von den unterschiedlichen Akteuren aufgegriffen und weiter transportiert werden, wie also *Synergien* erzeugt werden.

Ein fortgesetzter Austausch über diese Punkte, also das Konzept der Projektwoche als solches, auf den verschiedenen Ebenen des Programms (Planung, Koordination und Durchführung), ist für ein Programm dieser Art sehr wichtig bzw. könnte auch *dieses* Programm vielleicht noch besser machen, als es ohnehin schon ist.

#### **Zu (4): Überlegungen zur Konsistenz von Auftrag, Inhalten und Herangehensweisen im Programm**

Über den *zweiten*, eben dargestellten Aspekt, die Art und Weise, wie Teilnehmer/innen angesprochen werden, möchte ich abschließend einige Überlegungen anstellen, die modulübergreifend gelten. Es hat sich gezeigt, dass es sich lohnt, besonderen Wert auf partizipative Ansätze zu legen. Gemeint ist die Dauer der Aktivitätsphasen der Schüler/innen – je mehr aktive Beteiligung am Geschehen, desto besser. Es wäre generell wichtig, besonders darauf zu achten, wie die Teilnehmer/innen aktiviert und zum Reflektieren angeregt werden können, damit nicht größere Teile der Gruppe in eine Konsumentenrolle verfallen.

Die Art der Auseinandersetzung mit den Teilnehmern/-innen ist aber noch in weiterer Hinsicht interessant, denn sie hängt auch mit dem spezifischen Themenfeld zusammen, innerhalb dessen sich die Projektwoche bewegt: *Jugend und das Rechtssystem; Jugend und Kriminalität; Jugend und Gewalt – Prävention von Kriminalität und Gewalt*.

Das ist ein schwieriges, anspruchsvolles Themenbündel, weil es alle Akteure in der pädagogischen Auseinandersetzung mit Jugendlichen vor besondere Herausforderungen stellt. In der Beschäftigung mit diesen Themen sehen sich die Durchführenden einigen Risiken ausgesetzt:

➤ Es besteht die *Gefahr der Überforderung*, einer Überdehnung des Rahmens: Mein Eindruck aus den Schilderungen der Befragten ist, dass sich häufig ein Wechsel von der distanziert-sachlichen Ebene des fiktiven Fallbeispiels hin zu einer Ebene der Auseinandersetzung mit subjektiven Erfahrungen Einzelner vollzieht: Teilnehmer/innen berichten von eigenen Erfahrungen vor Gericht – durchaus auch aus laufenden Verfahren – oder von eigenen Opfererfahrungen. Dies geschieht auch, oder vielleicht auch gerade dann, wenn die Teilnehmer/innen Vertrauen zu den Durchführenden gefasst haben oder aber einzelne Berufsakteure bereits aus der Vergangenheit persönlich kennen.



In den Interviews wird dies fast durchgängig positiv, als eine Chance bewertet, Reflexionen und darüber Lernprozesse in der Gruppe zu evozieren. Hier liegen aber auch einige Risiken: Ich glaube, dass sich die Konsequenzen einer klassenöffentlichen Thematisierung individueller Erlebnisse (wenn diese eine bestimmte Qualität mitbringen) für den Einzelnen in der unmittelbaren Situation nicht absehen lassen; dass man in der Projektwoche Gefahr läuft, sich selbst bzw. die Teilnehmer/innen hier zu überfordern.

➤ Ein weiteres Risiko ist das der *konträren Effekte*: Wenn man auf diese Ebene subjektiver Erfahrungen abzielt, gelangt man schnell auch in Situationen, in denen sich, trotz bester Absichten, gegenteilige Effekte einstellen können. In mehreren Beschreibungen von Projektwochen sind folgende Beobachtungen zu Teilnehmern/-innen aufgefallen, die selbst einschlägige Erfahrungen mit dem System haben, das man ihnen in der Projektwoche vorstellt:

## Heldengeschichten ?

*„Sie haben sich so ein bisschen wie die Stars aufgeführt. Da dachte ich - wo geht das jetzt hin?“*

*„Die [Teilnehmer] sagen dann: „Ich komme aus dem Ghetto und habe wer weiß was getan“. (...) Andere haben sich dann Geschichten erfunden, damit sie auch was erzählen konnten.“*

*„Ich sehe das sehr kritisch. In so einem Bereich Kompetenzen zu entwickeln ist als Ergebnis nicht so berauschend. Und wenn man dann diese Mitläuferschicht hat, die sagt „oh toll, so will ich auch sein“, dann wird es schwierig.“*

[Projektwochenbegleiter/innen]

Hier wäre zu fragen: Was passiert da eigentlich? Die Schüler/innen bewegen sich in Jugendmilieus mit spezifischen Wert- und Normbezügen. Gewalt und kriminelle Karrieren sind für einige eben nicht negativ besetzt, sondern sie verschaffen ihnen – in ihrem Milieu – Anerkennung. Bei der Beschäftigung mit Gewalt und Straftaten, vor allem, wenn man auf die Ebene subjektiver Betroffenheit setzt, kann es passieren, dass sich diese Jugendlichen gewissermaßen in einen Expertenstatus gehoben sehen und sich über die Präsentation ihrer Normverletzung und damit die Normverletzung selbst aufwerten. Die Kollegen/-innen, die von solchen Erfahrungen berichten, stehen dieser Dynamik selbst ratlos gegenüber. Sie scheint, wenn sich ein solcher Modus erst einmal eingestellt hat, nur schwer wieder einzufangen zu sein.

➤ Ein drittes Risiko: Schwierig wird es auch, wenn Schüler/innen ihre Teilnahme an der Projektwoche als *Konsequenz des eigenen Verhaltens* interpretieren und darüber den Sinn dieses Angebotes generell infrage stellen. Dies geschieht, wenn Schüler/innen die Teilnahme an der Projektwoche als Strafe verstehen oder aber das Gefühl haben, auf sie



treffe das Thema ja gar nicht zu, da sie mit Gewalt oder mit Normverstößen selbst nichts zu tun haben. Auch zu diesem Punkt zwei Zitate als Illustration:

### Risiken für Lernchancen:

- *„Wenn sie sich stigmatisiert fühlen, ist das total schwierig, die zu motivieren, da überhaupt mit zumachen.“*
- *„Andererseits hatte ich Klassen, die waren super nett, aber die haben immer wieder gefragt: „Warum machen wir das eigentlich? Wir haben doch noch nie was gemacht? Wir wollten auch nie irgendetwas machen!“ (...) Wo auch die Lehrer sagen: Eigentlich hat meine Klasse das nicht nötig.“*

[Projektwochenbegleiter/innen]

Wie lassen sich diese Beobachtungen wiederum einordnen? Ich denke, dass man alle eben vorgestellten Reaktionen von Teilnehmern/-innen auch als Resultat einer bestimmten Perspektive auf die Jugendlichen betrachten kann. Dies ist vielleicht in Programmen mit dieser Thematik schon mit angelegt. Es besteht die Gefahr, dass unterschwellig eine bestimmte Botschaft mitschwingt, das Angebot durch die Schüler/innen in einer bestimmten Weise gedeutet wird. Woran ließe sich das festmachen? Wenn man mit dem vorrangigen Ziel antritt, Jugendliche (und zwar individuell) von etwas abbringen zu wollen, bedeutet das, von vornherein davon auszugehen, dass man es mit Delinquenten zu tun hat, wenigstens mit potenziellen Delinquenten.

Aus dieser Perspektive einer unmittelbaren Verhaltensprävention gedacht sind dann auch sowohl die vorhin beschriebene *subjektbezogene* wie auch die *konfrontative* Ansprache-Strategie wiederum stimmig. Beides wird ja auch in anderen Kontexten angewendet, z.B. bei bestimmten Trainingsformaten.

Der Einwand wäre nun: Diese finden aber in einem ganz anderen Setting statt; im Modus „Erziehung statt Strafe“, über einen längeren Zeitraum, in homogenen Gruppen und *mit Gewaltauffälligen, die genau wissen, warum sie dort sind*; nämlich wegen der Aufarbeitung ihrer Taten.

Für unseren Fall trifft dies aber nun gar nicht zu; *wir* haben es mit Schulklassen zu tun, die eine Projektwoche machen. Ein Problem könnte also darin bestehen, dass man teilweise von Sachverhalten ausgeht, die für die meisten Schüler/innen der bisher stattgefundenen Projektwochen gar nicht bestätigt werden können. Und auch wenn diese Vorannahmen für einen Teil der Schüler/innen tatsächlich zutreffen, stellt sich die Frage,



ob sie in diesem Rahmen einer Projektwoche aufgearbeitet werden können oder überhaupt sollten.

*Die Risiken einer solchen Botschaft bzw. der entsprechenden Ansprache-Strategien noch einmal zusammengefasst:*

- *Reaktanz/Abschottung:* Derjenigen, die sich betroffen, unter Verdacht gestellt fühlen. Das ist eine schwere Hypothek für die Durchführung der Woche, denn was man mindestens braucht sind Schüler/innen, die offen sind, etwas anzunehmen.
- *Kontrollverluste:* Die beschriebene Überhöhung von Normverletzungen oder auch die „Selbstentblätterung“ Einzelner. Beides ist im begrenzten Rahmen der Projektwoche vielleicht nur schwer aufzufangen.
- *Das Infragestellen der Sinnhaftigkeit der Teilnahme an sich:* Z.B. derjenigen, die sich vom Thema nicht betroffen fühlen, die sich also selbst nicht als Zielgruppe des Angebotes betrachten können.

Ich glaube es ist wichtig, zu reflektieren, wie das, was wir den Teilnehmern/-innen anbieten, von ihnen aufgenommen werden könnte. Das gilt eben nicht nur für die expliziten Inhalte (das vermittelte Wissen), sondern ebenso für die impliziten Botschaften: *Warum sind wir hier, warum sollen wir uns damit beschäftigen, was folgt daraus?* Und für die Selbsterfahrung innerhalb der Projektwoche: *Wie wird mit mir verfahren und was macht das mit mir?* Insbesondere auf dieser Ebene impliziter Botschaften sind Jugendliche besonders empfänglich, in besonderer Weise sensibel. Die Art und Weise, wie sie über diese Fragen befinden, entscheidet mit darüber, ob sie sich den Angeboten der Projektwochen öffnen möchten.

Wichtig wäre es also, nicht von Fehlstellungen und Defiziten ausgehen bzw. zu vermitteln, dass dies der Grund für die Teilnahme ist – auch wenn es ein Programm mit präventivem Anspruch ist und auch, wenn die eigene Erfahrung mit Jugendlichen berufsbedingt eine andere sein mag. Entscheidend ist es, den Jugendlichen diesbezüglich unbefangen gegenüber zu treten und zu signalisieren, dass es darum geht, ihnen einfach Wissen und neue Erfahrungen zu ermöglichen, und da hat dieses Programm ja jede Menge zu bieten.

Mit diesen grundsätzlichen Überlegungen über Ziele, Zielgruppen und Ansatz der Projektwoche bin ich am Schluss des Vortrags angelangt. Auch wenn es sich bei den vorgestellten Ergebnissen nur um exemplarische Einblicke handelt und die Perspektive unvollständig ist, weil nicht alle Beteiligtegruppen befragt wurden, hoffe ich, dass Sie mit diesem Reflexionsangebot vielleicht weiterarbeiten können, möglicherweise das eine oder andere Thema auch für den anstehenden Erfahrungsaustausch im Rahmen des heutigen Fachtages nutzen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



## IV. Rückblicke – Ausblicke: Gemeinsamer Erfahrungsaustausch und Ideen für die Zukunft\*

- Moderation: Annika von Walter, Stiftung SPI, Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei

System Schule		
Lob und Anerkennung	Befürchtungen, Stolpersteine und Probleme	Möglichkeiten und Chancen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Interesse und Engagement der Lehrer/innen, hohe Beteiligungsbereitschaft, gute Zusammenarbeit, enger Kontakt und guter Austausch mit den beteiligten Lehrern/-innen insbesondere von <i>PWB</i> und <i>Polizei</i> bestätigt</li> <li>▪ Justiz freut sich über schnelles Feedback von Lehrern/-innen an die Durchführenden</li> <li>▪ Konkretes Ergebnis: aus einer Projektwoche resultieren weitere Veranstaltungen zu den Themen der Projektwoche an der Schule (<i>Polizei</i>)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <i>PWB</i> nehmen schwierige Kommunikationsstrukturen wahr</li> <li>▪ Terminabsprachen mit Schule seien schwierig; es fehle das Zuständigkeitsempfinden bei Schulleitungen</li> <li>▪ Einpassung des Projekts in das Schuljahr („Projekt passt nicht ins Schuljahr“)</li> <li>▪ Fehlen des „mittleren Managements“ (Ansprechpartner an Schulen)</li> <li>▪ auch <i>Polizei</i> empfindet fehlende Zeit für Vor- und Nachbereitung der Projektwoche in den Schulen problematisch</li> <li>▪ <i>Schule</i> selbst sieht kaum Ressourcen (Angst vor Unterrichtsausfall)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ von <i>PWB</i> gewünscht: Vorbereitung durch Hospitation; Intensivierung des Kontakts vor der Projektwoche</li> <li>▪ von Akteuren aus dem System <i>Schule</i> selbst: Einbindung der Projektwoche in den Schulalltag, gute Vorbereitung und Sicherung von Nachhaltigkeit</li> <li>▪ als reguläres Angebot an einzelnen Schulen etablieren; Verknüpfung mit dem Schulprogramm; Weiterführung der Inhalte im Unterricht</li> <li>▪ sorgfältige Auswahl von Klassen; Teilnahme von Klassen, bei denen das Thema in den Rahmenplan passt; Verknüpfung mit Sozialkundeunterricht fest einplanen; auch in anderen Fächern nach Möglichkeiten thematischer Weiterführung suchen</li> <li>▪ Einbezug der Fachlehrer; Einbezug der Schulpsychologie über die Einführungsveranstaltung hinaus</li> <li>▪ <i>Justiz</i> wünscht Kontakt zu Schulen bzw. Informationen über die Klassen im Vorfeld der Projektwoche zur Vorbereitung - dafür werden Ansprechpartner gewünscht</li> <li>▪ auch <i>Justiz</i> sieht Potenzial der Verknüpfung mit regulärem Unterricht</li> </ul>

\* Die Tabellen wurden von Kerstin Palloks auf Grundlage der Plenumsergebnisse zusammengestellt.



## Projektwochenbegleiter/innen (PWB)

Lob und Anerkennung	Befürchtungen, Stolpersteine und Probleme	Möglichkeiten und Chancen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ unkomplizierte, gute Zusammenarbeit mit <i>Schulen</i></li> <li>▪ zuverlässige Planung und verbindliche Absprachen mit <i>Polizei</i></li> <li>▪ verschiedene Berufsgruppen loben die gute Vorbereitung und Moderation der Projektwochen, Engagement und Motivation der PWB bei der Durchführung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ bessere/frühzeitigere Planungen sind für <i>Polizei</i> und <i>JGH</i> besonders wichtig</li> <li>▪ fehlende Nachbereitung und unzureichende Technik als Kritik der <i>Polizei</i>, auch sollte PW nicht in der Schule stattfinden</li> <li>▪ <i>Justiz</i>: zu wenig Zeit nach der Verhandlung für Fragen/Auswertung vorhanden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <i>PWB</i> selbst wünschen sich mehr Abstimmung mit Lehrern/-innen (Rolle, Umgang mit Störungen etc.); Motivation der Schüler/innen stärken</li> <li>▪ stärkere Einbindung aus dem <i>Justizbereich</i> gewünscht: mehr Informationen über die Projektwoche und teilnehmende Klassen, aber auch über die pädagogischen Ziele des Programms</li> <li>▪ für <i>JGH</i> ist Auswertung der jeweiligen Projektwoche mit anderen Beteiligten wichtig; ebenso die Intensivierung des Kontakts mit PWB (im Vorfeld persönlich kennen lernen, bessere Absprachen, mehr Informationen über den Verlauf, die Planungen der konkreten Projektwoche erhalten)</li> <li>▪ mehr Feedback an andere Professionen gewünscht (<i>Polizei</i> und <i>Justiz</i>)</li> <li>▪ Schule sieht Potenziale bei der Schulung der PWB (rechtlich und didaktisch)</li> </ul>

## Polizei

Lob und Anerkennung	Befürchtungen, Stolpersteine und Probleme	Möglichkeiten und Chancen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Engagement der Polizei für die <i>Schulen</i> wird sehr gelobt</li> <li>▪ Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei ist sehr positiv, hat sich (insbesondere in Mitte) zu einer tragfähigen Kooperation entwickelt</li> <li>▪ <i>PWB</i> loben die zur Verfügung gestellten Ressourcen, das Engagement und den Umgang mit den Schülern/-innen</li> <li>▪ <i>JGH</i> würdigt das methodische Repertoire, die Anschaulichkeit und insgesamt die gute Durchführung der AGV</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wiederholung bei AGV wird in den Augen der <i>Polizei</i> und auch von <i>PWB</i> als Problem betrachtet (Alternativprogramm gewünscht)</li> <li>▪ Vorträge als didaktisches Medium werden von <i>PWB</i> kritisiert ebenso wie Unterschiedlichkeit der Durchführungen bei verschiedenen Präventionsbeauftragten</li> <li>▪ <i>Justiz</i> plädiert für eine Rollenklarheit der Polizei</li> <li>▪ <i>Polizei</i> selbst bemängelt unzureichende personelle Ressourcen für die Präventionsarbeit, wünscht sich bessere inhaltliche Vorbereitung für die Projektwoche sowie Informationen über Erwartungen an ihre Module</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <i>PWB</i> wünschen sich eine lebendigere Gestaltung des dritten Tages (lokaler Abschnitt) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Polizei</li> <li>▪ auch von <i>Schule</i> wird der Wunsch nach dem Besuch einer „aussagekräftigen Dienststelle“ geäußert</li> <li>▪ für die <i>JGH</i> wäre eine bessere Gestaltung der Übergänge zwischen den Modulen der Polizei und der <i>JGH</i> wichtig</li> <li>▪ die <i>Polizei</i> selbst plädiert für einen Einbezug der Opferschutzbeauftragten in die Projektwoche</li> </ul>



## Justiz (Rechtsanwälte/-innen, Staatsanwälte/-innen, Richter/innen)

Lob und Anerkennung	Befürchtungen, Stolpersteine und Probleme	Möglichkeiten und Chancen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Lob und Anerkennung von <i>Schule</i> für die gute Zusammenarbeit, das Engagement und die Fachkompetenz der Kollegen/-innen der Justiz</li> <li>▪ auch <i>JGH</i> und <i>Polizei</i> loben die fachliche Kompetenz und die Arbeit mit den Schülern/-innen</li> <li>▪ <i>PWB</i> schätzen die Verlässlichkeit der Juristen/-innen, die Art und Weise wie auf die Schüler/innen eingegangen wird und die Ernsthaftigkeit der Verhandlung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <i>JGH</i> bedauert, dass nicht immer Jugendstaatsanwälte/-innen und Jugendrichter/innen vor Ort sind</li> <li>▪ eine hohe Fluktuation bei der Jugendstaatsanwaltschaft wird auch von der <i>Justiz</i> selbst kritisiert</li> <li>▪ die Räumlichkeiten in den Gerichten finden mehrere Akteure ungeeignet, weil zu klein</li> <li>▪ <i>PWB</i> wünschen Intensivierung von Absprachen (telefonisch) im Vorfeld der Verhandlungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ der <i>Polizei</i> wäre eine Aufwertung der Zeugenrolle im Rahmen der Verhandlung wichtig und die Schilderung des Alltags einer JVA</li> <li>▪ <i>PWB</i>, <i>Schule</i> und auch die <i>Justiz</i> selbst wünschen sich mehr Zeit für die Gerichtsverhandlung, für die Vor- und Nachbereitung der Verhandlung, die Gespräche mit den Schülern/-innen</li> <li>▪ auf die Verständlichkeit der Sprache sollte geachtet werden und insgesamt überlegt werden, wie Schüler/innen aktiver eingebunden werden</li> <li>▪ <i>Justiz</i> plädiert für Verkürzung der Beweisaufnahme (mehr Zeit für die Fragen und Erklärungen am Ende der Verhandlung)</li> <li>▪ die verlässliche Beteiligung von Jugendstaatsanwälten/-innen und Jugendrichtern/-innen wird angeregt</li> </ul>

## Jugendgerichtshilfe (JGH)

Lob und Anerkennung	Befürchtungen, Stolpersteine und Probleme	Möglichkeiten und Chancen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ großes Lob insbesondere von <i>PWB</i> für die inhaltliche Arbeit, das Engagement, die Offenheit gegenüber den Schülern/-innen</li> <li>▪ insbesondere große Anerkennung für die Bereitschaft, trotz Ressourcenknappheit an der Projektwoche mitzuwirken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ als Hauptproblem empfinden verschiedene Akteure, dass die JGH in vielen Projektwochen nicht mitwirkt</li> <li>▪ JGH müsse öfter dabei sein (vor allem auch bei der Gerichtsverhandlung eine Rolle spielen)</li> <li>▪ vermutet wird, dass Beteiligung der JGH nicht konsequent genug eingefordert wird bzw. (von der <i>JGH</i>), dass die Beteiligung nicht ausreichend auf der Leitungsebene der Jugendhilfe verankert ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <i>JGH</i> sieht die Möglichkeit, in der Projektwoche die Aufgaben des Jugendamtes und der Jugendhilfe und sich als Ansprechpartner vorzustellen</li> <li>▪ für die <i>Justiz</i> wären bei Gerichtsverhandlungen weniger die familiären Hintergründe des Täters wichtig als vielmehr Hinweise auf deren Selbstverantwortung</li> <li>▪ <i>Schule</i> wie auch <i>JGH</i> selbst sehen Chancen in einer kürzeren und prägnanteren Darstellung der wesentlichen Aufgaben der JGH und darin, mehr aktivierende Methoden der Darstellung bzw. Einbeziehung der Jugendlichen anzuwenden</li> </ul>



## Rechtskundepaket (Konzept, Organisation – Programmagentur)

Lob und Anerkennung	Befürchtungen, Stolpersteine und Probleme	Möglichkeiten und Chancen
<ul style="list-style-type: none"><li>▪ insbesondere <i>PWB</i>, <i>Polizei</i> und <i>Justiz</i> würdigen die Arbeit der Programmagentur für die gute Erreichbarkeit, und die zuverlässige Informationsübermittlung (Koordination)</li><li>▪ auch die kompetente Unterstützung sowie die freundliche Umgangsweise werden gewürdigt</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ kritisch werden organisatorische Aspekte, etwa Schwierigkeiten bei Terminabsprachen für die Projektwochen (<i>Schule</i>) angemerkt</li><li>▪ die <i>JGH</i> konstatiert, dass zu wenig Zeit für Verständigung zwischen den Akteuren über Ziele, Rollen und Aufgaben in den Modulen eingeplant ist</li><li>▪ von der <i>Justiz</i> wird angemerkt, dass stärker auf eine Aktualität der Prozessunterlagen geachtet werden sollte</li><li>▪ insbesondere die <i>Polizei</i> stellt die Nachhaltigkeit des Programms infrage, wenn nicht allen Schulen das Angebot zur Verfügung stehen kann</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ <i>Polizei</i> regt an, den Opferschutz sowie die Rolle von Zeugen stärker im Konzept der Projektwoche zu verankern, sieht besondere Chancen in der Sicherung und Überprüfung von Nachhaltigkeit sowie in der Weiterführung der Projektwochen in verkürzter Form</li><li>▪ <i>Schule</i> wünscht Materialien zur Vor- und Nachbereitung der Projektwoche und regt die Erarbeitung eines Curriculums für die Klassenstufen 5/6 an</li><li>▪ eine Verkürzung der Projektwoche sollte nicht erfolgen, dies sehen auch <i>PWB</i> so</li><li>▪ <i>Justiz</i>: auf Realitätsnähe des Gerichtsalltages wie des gesamten Curriculums achten, regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit beteiligten Akteuren ermöglichen</li><li>▪ <i>JGH/Jugendamt</i> regt an, auf inhaltliche Verkopplung bzw. Übergänge zwischen einzelnen Modulen zu achten und Akteuren mehr Anregungen für Inhalte und methodische Umsetzung an die Hand zu geben</li></ul>



## V. Fazit und Ausblick

### ■ Jürgen Schendel, Stiftung SPI, Programmagentur Rechtskundepaket

Herzlichen Dank für Ihr Engagement, Ihre Aussagebereitschaft und für die vielen Anregungen, die Sie durch die vielen Kärtchen an den Pinnwänden dokumentiert haben. In der letzten halben Stunde habe ich versucht, diese zu sortieren. Ich möchte zunächst jedoch mit unseren Erfahrungen als Programmagentur und dem, was sich für uns aus der Prozessevaluation ergeben hat, beginnen. Einige Punkte, die Frau Palloks bereits genannt hat, möchte ich zunächst näher ausführen.

Wir beschäftigen uns seit längerem mit der Frage, wie wir das Programm „Recht aufschlussreich“ an den Schulen noch stärker im Sinne eines regelmäßigen Angebotes etablieren können. Wir wollen uns dabei auf die Schulen konzentrieren, an denen bereits Projektwochen durchgeführt worden sind. Aus unserer Sicht wäre es wenig sinnvoll, jedes Jahr wieder mit neuen Schulen zu beginnen. Längerfristige Kooperationsverbünde zwischen Projektwochenbegleiterinnen und -begleitern, Schulen, Polizei und den anderen Akteuren sind das Ziel, auf welches wir hinarbeiten. Damit nicht unser Angebot nach einer einmal absolvierten Projektwoche nicht mehr in Anspruch genommen wird, obwohl es von allen Beteiligten für gut befunden wurde, wollen wir intensiv das Gespräch mit den Schulleitungen suchen. Unsere angestrebte Implementierung der Projektwochen als wiederkehrendes Ereignis in den Schulalltag – also ihre Integration in die Lehrpläne der 8. oder 9. Klassen – wird auch in Ihren Aussagen immer wieder als wichtig erachtet.

Auch mit den Projektwochenbegleiterinnen und -begleitern wollen wir längerfristige Kooperationen vereinbaren. Dabei wollen wir auf die gesammelten Erfahrungen der Projektwochenbegleiter zurückgreifen. Je häufiger sie zum Einsatz kommen, desto besser können sie das Programm unterstützen und dabei auf immer neue eigene Lernerfahrungen zurückgreifen. Das ist unser Ziel.

Wir würden uns natürlich auch freuen, wenn immer dieselben Richterinnen und Richter, Staats- und Rechtsanwälte bzw. -anwältinnen für dieselben Schulen oder in derselben Region tätig wären. Dies zu steuern ist nicht einfach. Wir sind daher mehr als froh, dass die zeitlichen Kapazitäten unserer Kooperationspartner aus dem Bereich der Justiz bislang offenbar so weit ausreichen, dass sämtliche Projektwochen in den letzten zwei Jahren mit juristischer Beteiligung am 4. Projektwochentag im Gericht durchgeführt werden konnten.

Frau Palloks wies vorhin auf ein gemeinsames Verständnis von Zielen und Botschaften hin – das ist etwas, was wir unbedingt noch verstärken müssen. Wir haben durch unterschiedliche Methoden der Auswertung festgestellt, dass – salopp ausgedrückt – bei einer Befragung von fünf Leuten nach dem Ziel der Projektwochen sechs verschiedene Antworten herauskommen. Das klingt zwar überspitzt, tatsächlich herrscht jedoch lediglich in Teilen eine gemeinsame Idee darüber vor, was mit den Projektwochen überhaupt erreicht werden soll. Wir müssen dringend daran arbeiten, das gemeinsame Ziel für alle Beteiligten sichtbar zu machen.

Wir werden uns als Programmagentur auch vornehmen, separate, regionenbezogene Auswertungsgespräche mit den Trägern, Schulen, den Polizeibeamtinnen und -beamten der einzelnen Abschnitte, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Jugendgerichtshilfe und



nach Möglichkeit mit Juristinnen und Juristen zu führen. Hier müssen wir ansetzen, wenn uns an einer nachhaltigen Qualitätsverbesserung und an einer Stärkung der regionalen Verbände gelegen ist.

Ebenfalls müssen wir berücksichtigen, dass die zeitlichen Kapazitäten der Projektwochenbegleiterinnen und -begleiter begrenzt sind, da vor allem die Vorbereitung, aber auch die Nachbereitung und die Auswertung zeitaufwändig ist. Dieser Eindruck wird auch von den Schulen bestätigt. Wir werden mit den Projektwochenbegleitern/-innen besprechen, wie wir diesem Umstand zukünftig gerecht werden können und ob es sinnvoll wäre, diese investierten Zeiten flexibel zu gestalten.

Mein Wunsch wäre, viel mehr Projektwochen durchführen zu können. Derzeit sind wir auf 40 Projektwochen pro Jahr, zuzüglich derer, die Uwe Horstmeier und seine Kolleginnen und Kollegen in Mitte durchführen, begrenzt. Das ist eigentlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man sich vor Augen hält, dass es an den Berliner Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen jährlich mehr als 450 achte Klassen gibt. Mir ist aber natürlich auch bewusst, dass die Ressourcen der Polizeibeamtinnen und -beamten, der Juristinnen und Juristen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe sehr stark begrenzt sind. Auf diese Ressourcen sind wir angewiesen, und all die Fachkompetenz, die die einzelnen Akteure mitbringen, kann nicht ersetzt werden. Darauf nehmen wir Rücksicht. Trotzdem bleibt die Überlegung: Je mehr Projektwochen es gäbe, desto rationeller wäre auch der Einsatz der Mittel. Denn eine – beispielsweise – Verdoppelung der Projektwochenanzahl bedeutet nicht automatisch eine Verdoppelung der notwendigen finanziellen Ressourcen der Programmagentur. Sondern: Je mehr Projektwochen stattfinden können, desto geringer wird der durchschnittliche organisatorische und damit auch finanzielle Aufwand für jede einzelne Projektwoche.

Jetzt möchte ich die von Ihnen genutzten Tafeln auswerten, indem ich mich auf die wichtigsten Punkte – neben Einzelaussagen sind auch gruppierte Aussagen vorzufinden – konzentriere.

Zur Gruppe der Schülerinnen und Schüler vermerkten Sie, dass diese insgesamt gut vorbereitet seien, insbesondere auf die Gerichtsverhandlungen – ein indirektes Lob an die Projektwochenbegleiterinnen und -begleiter und auch an die Lehrerinnen und Lehrer. Die zu markante Selbstdarstellung einzelner Jugendlicher im Rollenspiel (als Tatverdächtiger) wird allerdings von verschiedenen Berufsgruppen als Gefahr bewertet. Die Opferperspektive und -rolle sollte stärker thematisiert werden. Hierin sind sich alle Berufsgruppen einig.

Zum Bereich Schule wurde weiterhin festgehalten, dass die Schulprojektwochen immer dann positiv verlaufen, wenn die Schule und die Lehrerinnen bzw. Lehrer selbst gut vorbereitet sind. Wichtig sei Vernetzung mit anderen (Präventions-)Angeboten der Schule. Die Einbettung der Projektwochen in bestehende Rahmen- und Lehrpläne wurde hervorgehoben. Die Juristinnen und Juristen unter Ihnen würden im Vorfeld gerne über die Klassengröße informiert werden. Projektwochenbegleiter/innen merkten an, dass der Kontakt mit Schulen, Schulleitungen und Sekretariaten zum Teil schwierig war, manchmal auch geprägt von Desinteresse. Gleichzeitig gibt es aber auch Lob und Anerkennung der guten Zusammenarbeit mit Schulen. Beide Meinungen sind vertreten.

Die Projektwochenbegleiterinnen und -begleiter bekommen von allen Akteursgruppen viel Lob für die Qualität, mit welcher sie ihre Arbeit ausführen.



Einige Richter/innen, Staats- und Rechtsanwälte/-innen wünschen sich mehr Aufklärung über die Zielsetzung ihres Agierens und den Zweck der Verhandlung am vierten Tag der Projektwoche. Ich weise noch einmal daraufhin, dass wir diesen Punkt verfolgen werden.

Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe wünschen sich mehr methodisches Handwerkszeug, um mit ihrem Arbeitsansatz und ihrer Aufgabe von den Schülerinnen und Schülern besser wahrgenommen zu werden. Im Unterschied zu Polizeibediensteten und Juristen/-innen, deren Auftreten stärkeren „Eventcharakter“ besitze, müsste die Jugendgerichtshilfe sich immer erst bei den Jugendlichen als eigenständiger Bestandteil des Jugendgerichtsverfahrens bekannt machen.

Mit der Justiz sind alle Beteiligten hinsichtlich der Zusammenarbeit sehr zufrieden. Ein Rollenwechsel, also eine gemeinsame Auswertung des Geschehenen mit den Schülerinnen und Schülern, sollte aber möglichst schon am Verhandlungstag geschehen. Hier wird die Integration von Reflektionseinheiten als sinnvoll erachtet.

Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen darüber, was in den Projektwochen zusätzlich vermittelt werden sollte. Dies würde eine Ausweitung auf sieben oder acht Tage bedeuten. Unserer Erfahrung nach werden in den Projektwochen bereits sehr viele unterschiedliche Themen vermittelt. Durch die Auswertung ist deutlich geworden, dass eine zeitliche Ausdehnung der Projektwochen kontraproduktiv wäre. Generell herrscht großer Auswertungsbedarf, um Fehler oder Schwierigkeiten zu vermeiden, die schon aufgetreten sind.

Ich habe damit die wichtigsten Punkte Ihrer Auswertung zusammengefasst. Die gesamten Ergebnisse Ihrer Diskussion sind für uns sehr wichtig und werden unsere zukünftige Arbeit beeinflussen und mitbestimmen. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Mitarbeit.

